1/2021

Gymnasium in Niedersachsen

Wir schaffen das:
Damit Unterricht in der Pandemiezeit möglich bleibt

© JackF – adobe Stock

Die Zeitschrift des Philologenverbandes

phvn Philologenverband Niedersachsen

Leitartikel

Pandemie und Schule: ein Blick hinter die Kulissen der Verbandsarbeit 4

Resolutionen der Klausurtagung des Hauptvorstands

Schulen krisenfest machen:

Bewährte Strukturen erhalten – Innovationen fördern 6

Lehrkräfte am Limit 8

Corona hat das Märchen von der 40-Stunden-Woche endgültig ad absurdum geführt

G9-Abitur in Zeiten der Pandemie richtig gestalten 9

Gleiche Startbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler schaffen

Umsetzung der Digitalisierung an den niedersächsischen Schulen – Update 2020 10

Schwerpunktthema: Schule und Lehrkräfte in Pandemiezeiten

„Stell dir vor, dein Referendariat beginnt und kein Schüler geht hin“ 12

Nachrichten aus dem (Beinahe-)Paradies 14

Oder: wie unterrichte ich meine Abiturientinnen und Abiturienten in zwei Räumen gleichzeitig?

Ein Jahr Corona in Schule – Rück- und Ausblicke 15

Rückmeldungen an die Personalräte: Keine Masken, keine Luftfilter –
dafür neue Abordnungen und wöchentlich neue Ministerbriefe

Stimmung an den Schulen droht zu kippen 17

Wahlbeteiligung deutlich gesunken

Eine Personalratswahl wie keine andere 22

Das aktuelle Interview

Auch in Krisenzeiten ist die Meinung des PHVN gefragt! 23

Über den Tellerrand geschaut – Interview mit Autorin und Reisefotografin Sarah Fischer

„Ich sehe die Corona-Situation auch als Chance“ 24

Aus der Rechtsprechung 28

Gastbeiträge

Geschlechter-un-gerechter Sprachgebrauch in Schule und Verwaltung

Die neuen Ungerechtigkeiten durch so genannte Gender-Sternchen 30

Wie eine Henne zum Hahn wird 32

Schulen in Niedersachsen

So klappt der digitale Unterricht am Eichsfeld Gymnasium Duderstadt 33

Kreativ in der Krise: Europa-AG setzt Filmprojekt digital um 34

Literatur

Ein Leitfaden zum Blended Learning 36

„Pantherzeit“ – ein Corona-Buch nicht nur für Gemeinschaftskunde 36

Drei wunderbare Kinderbücher zu schwierigen Themen 37

Glosse

Aufheiterung in schweren Zeiten?

Lustige Videos aus dem Geschäftsbereich im MK und der RLSB Hannover 38

Wir trauern um 39

Liebe Leserinnen und Leser,

schon wieder ist das neue Jahr in die Frühlingsmonate vorangeschritten. Die Corona-Pandemie beschäftigt uns aber weiterhin. Immer noch geht es um Schulöffnungen oder -schließungen, verschiedene Szenarien, Distanz- oder Präsenzunterricht. Die Probleme sind zum großen Teil geblieben. Noch immer warten wir auf die Einhaltung von Zusagen seitens der Politik. Noch immer warten wir auf wirkliche Schutzmaßnahmen in den Schulen. Wir warten auf verlässliche Impftermine, Dienst-Notebooks, funktionierende digitale Infrastrukturen und vieles mehr. Wir warten und warten. Wann endlich passiert etwas?

Aber: Wir wollen nicht nur fordernd und jammernd auftreten, sondern auch ein positives Lehrerbild vermitteln. In den letzten Monaten ist es doch sehr deutlich geworden, wie wichtig unsere Arbeit in den Schulen ist, was Lehrkräfte alles leisten, wie wichtig Schulen und Kitas für eine funktionierende Gesellschaft sind. Schulen und Lehrer leisten viel mehr als sie eigentlich müssten! Mit Dienst nach Vorschrift wäre schon lange in diesen Pandemiezeiten kein Unterricht mehr möglich. Unser Titel und die Resolutionen des Hauptvorstandes zeigen: Wir haben unsere Forderungen, aber die sollen nicht nur in einem nicht anklagenden Ton vorgetragen, sondern konstruktiv sein. Dass es anderen Berufsgruppen viel schlechter geht, wird zum Beispiel im Interview in dieser Ausgabe mit der Reisejournalistin und Autorin Sarah Fischer, die in ihrem Leben schon Einblicke in sehr viele Berufe bekommen hat, deutlich. Trotzdem wollen auch wir eine Perspektive – und vor allem Sicherheit.

Wir haben lange über den Titel dieser Ausgabe nachgedacht. „Nur mit Mehreinsatz bleibt Unterricht möglich“, war eine Variante, „Nicht nur Corona: Was Schule und Lehrkräfte in der Pandemiezeit leisten“ eine andere, „Damit Unterricht möglich bleibt“, „Unterricht findet statt“ weitere. Alle machen eines deutlich: Die Lehrkräfte leisten derzeit fast Übermenschliches, geben parallel Präsenzunterricht – unter teilweise gefährlichen Bedingungen und ohne wirkliche Schutzmaßnahmen, denn wie wir gesehen haben, macht das Virus eben nicht an der Schultür halt – und Distanzunterricht, was oft doppelte Arbeit bedeutet. Viele probieren neue Wege aus, setzen Lernfilme, Videounterricht, Clouds und Ähnliches ein, telefonieren wöchentlich mit ihren Schülerinnen und Schülern, schreiben E-Mails, korrigieren alle Hausaufgaben usw. All dies wird in dieser Ausgabe thematisiert, auch was ein Kollegium möglich macht, wie es sich bemüht, „mitzieht“, um Unterricht zu gewährleisten. Aus der Perspektive der Personalräte wird deutlich, wie der Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen aussieht und was in Pandemiezeiten für sie erreicht wird – Zeiten, in denen die Anfragen und Probleme so zahlreich sind wie nie zuvor. Gleichzeitig zeigen unsere Beiträge aus der Sicht eines „Junglehrers“, eines Fachleiters und aus den Schulen, wie Schule sich verändert und wie Digitalisierung funktionieren kann. Das macht unsere Forderungen glaubwürdig und muss vom Dienstherrn anerkannt und dann auch wieder ausgeglichen werden!

Ein weiteres Thema, das uns (auch) an den Schulen zunehmend beschäftigt, ist die „Gender“-Diskussion. Auf manche Schulhomepages und in viele Lehrerzimmer hat das so genannte „Gendersternchen“ bereits Einzug gefunden, das ein Ausdruck „geschlechtergerechter“ Sprache sein soll. Inzwischen mehren sich aber auch die Stimmen, die kritisieren, dass die Ausformulierung eines (des weiblichen) Geschlechts bei gleichzeitiger Verstümmelung des männlichen Geschlechts in dieser Schreibweise alles andere als gerecht ist. Mir geht es ähnlich, denn wenn in Mails oder Mitteilungen „Liebe Kolleg*innen“ geschrieben steht, fühle ich mich dadurch nicht angesprochen. Denn ich bin ein Kollege – aber kein Kolleg, keine Kollegin und auch kein „*“, was auch immer das sein soll. Ähnlich geht es mir bei Wörtern wie „Beamt*innen“, „Gefährt*innen“ oder „Pädagog*innen“. Wohlgemerkt: Ich bin absolut für eine gerechte Sprache und sehe durchaus Probleme bei der pauschalen Gleichsetzung des generischen Maskulinums mit allen Geschlechtern (wenngleich man auch hier sprachwissenschaftlich zwischen Genus und Sexus unterscheiden sollte). Aber ich möchte doch bitte nicht als Gegenstand bzw. Bildungseinrichtung (Kolleg), Fortbewegungsmittel (Gefährt) oder gar als nicht-existentes Etwas (Beamt, Pädagog) in einer verstümmelten Halb-Substantivform angesprochen werden! Zudem bezweifele ich doch sehr stark, dass sich Menschen, die sich dem dritten oder einem anderen Geschlecht zugehörig fühlen, mit einem Sonderzeichen wie dem „Asterisk“ (*) inkludiert fühlen.

Gerechte Sprache muss anders gehen, nämlich wirklich gerecht! Der Philologenverband wird daher aus gutem Grund weiterhin nicht „gendern“, sondern von „Kolleginnen und Kollegen“ sprechen – was im Übrigen auch viel höflicher und besser lesbar ist. Oder haben Sie schon mal einen Text gelesen, bei dem auf einer Seite ca. 40mal „*innen“ steht? Ich empfinde dies als eine unästhetische Störung des Schriftbildes, und beim Spreche vernimmt man ausschließlich die weibliche Form. Mein Spracherkennungsprogramm las mir kürzlich im Auto eine WhatsApp-Nachricht vor, indem es Teilnehmersterncheninnen“ und „Lehrersterncheninnen“ verbalisierte – das ist dann leider schon Realsatire.

Als Auftakt der Diskussion zu diesem Thema sind in dieser Ausgabe ein Beitrag des Leiters der AG Gendersprache des Vereins Deutsche Sprache und eine augenzwinkernde Glosse zu lesen. Diskutieren Sie gern mit, vielleicht wissen Sie ja eine wirklich gerechte Lösung für eine Sprache, die alle Menschen gleichermaßen abbildet, also weder unterdrückt, noch unsichtbar macht, noch verstümmelt.

Bleiben Sie gesund und uns gewogen!

Pandemie und Schule: ein Blick hinter die Kulissen der Verbandsarbeit

von Horst Audritz

Seit einem Jahr kämpfen wir mit der Pandemie, seit einem Jahr beherrscht die Pandemie fast ausschließlich das gesellschaftliche und schulische Leben. Licht am Ende des Tunnels ist zwar erkennbar, aber noch ist nicht klar, ob es sich um ein Irrlicht handelt.

Wir pflegen unsere Kontakte zur Politik, wir treten als Berufsverband konsequent für den Schutz der Beschäftigten ein und wir stellen unsere Expertise in Gesprächen und öffentlichen Stellungnahmen zur Verfügung, einmal ganz abgesehen von unserer umfangreichen und hoch anerkannten Rechtsberatung. Es gibt keine vergleichbare Gewerkschaft bzw. keinen vergleichbaren Verband im Bundesgebiet, der sich dieser Aufgabe mit solch einem Engagement widmet, wie wir an der Fülle von Anfragen ablesen können.

Wir gewähren Rechtsberatung und Rechtsschutz

Zwar können wir es nicht jedem Einzelnen recht machen, schon gar nicht die unterschiedlichsten Wünsche juristisch durchsetzen. Wer aber mit Aussicht auf Erfolg seine Rechte einklagen will, der bekommt bei uns nach sorgfältiger Prüfung und Beratung auch Rechtsschutz. Eine anonyme Verbandsklage zu Erlassen und Verordnungen, das sei an dieser Stelle ausdrücklich klargestellt, gibt es im Schulrecht nicht. Wer klagt, der muss persönlich für seine Interessen einstehen und sich als Musterkläger zur Verfügung stellen. Unsere anderen Möglichkeiten sind Einflussnahmen im politischen und öffentlichen Bereich, wo wir uns im Konzert der Interessen wahrnehmbar, wenn nicht sogar führend, behaupten können. Für die Durchsetzung unserer Interessen ist eine effektive Öffentlichkeitsarbeit – auch da sind wir gut aufgestellt – unumgänglich.

Das Paradoxe ist, dass wir als Verband in Krisenzeiten immer mehr gefordert sind, aber gleichzeitig den Einschränkungen unterliegen, die in allen gesellschaftlichen Bereichen gelten: Im ersten Lockdown mussten wir die Erreichbarkeit der Geschäftsstelle zeitweise einschränken, wir mussten kurzzeitig neue Hygienevorschriften umsetzen, wir haben unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Arbeit im Homeoffice ermöglicht und alle Präsenzsitzungen unserer Organe streichen müssen. Großveranstaltungen wie unser Philologentag 2020 oder Seminare und Fortbildungen in Präsenz fielen der Pandemie zum Opfer.

Breite Zustimmung zur Verbandsarbeit

Einzelne Mitglieder, die ein ganz persönliches Missbehagen ausdrücken, fordern noch mehr Einsatz.

Wir können den Ärger über unzureichende Anstrengungen der Politik bei der Pandemiebekämpfung verstehen, das sehen wir genauso. Forderungen nach mehr Schutz und Fürsorge für Lehrkräfte, nach notwendiger Ausstattung, nach Rechtsicherheit, nach mehr Personal, nach Abbau von Überbelastung und vielen anderen Problemen bringen wir in alle Stellungnahmen und formellen und informellen Gespräche mit dem Kultusministerium ein. Wir werden auch nicht müde, das immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen – ganz im Gegenteil. Für Entscheidungen der Politik sind wir jedoch nicht verantwortlich.

Aber auch verbandsintern ist die Bewertung der Situation nicht eindeutig. Uns erreichen Zuschriften von einzelnen Kolleginnen und Kollegen, die das gespaltene Meinungsbild in der Gesellschaft widerspiegeln. Einige beklagen zu wenig kritische Äußerungen, andere zu viele, ja, es wird sogar Konträres von uns gefordert wie z.B. für ausschließlichen Distanzunterricht oder sogar grundsätzliche Präsenzpflicht einzutreten.

Insgesamt dürfen wir jedoch erfreut feststellen, dass die Arbeit des Philologenverbandes als nachhaltig wahrgenommen wird. Unsere Mitgliederentwicklung bestätigt das.

Wir sind öffentlich präsent

Entgegen dem Eindruck Einzelner sind wir öffentlich gefragt und in zahlreichen Presseorganen bzw. Medien vertreten: im NDR und in SAT 1, in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, der Braunschweiger Zeitung, in der Neuen Presse, bei dpa, in Bild, in zahlreichen Hörfunksendungen und im „Rundblick“, einem Nachrichtenorgan mit großer Nähe zu politischen Entscheidungsträgern, um nur einige zu nennen. Gemessen an der Größe unseres Verbandes sind wir präsenter als viele größere Verbände bzw. Gewerkschaften. Ein anderer Eindruck ist vermutlich dem Phänomen der „selektiven Wahrnehmung“ geschuldet.

Zudem haben wir zum Unterricht unter Corona-Bedingungen zahlreiche Presseerklärungen herausgegeben, die man auf unserer Homepage einsehen kann. Wer Informationen sucht, wird in „Gymnasium in Niedersachsen“, „phvn Aktuell“, in unserem „Newsletter“ oder auf unserer Facebook-Seite fündig.

Und auch unsere Dachverbände, der Deutsche Philologenverband, der Deutsche Lehrerverband und der Niedersächsische Beamtenbund, in denen wir zusammenarbeiten,

äußern sich deutlich. Medien sind jedoch nicht gezwungen, Presseerklärungen aufzugreifen. Die Presse ist nicht Nachrichtenorgan eines Verbandes, sondern einer umfassenden Berichterstattung verpflichtet.

Gesundheitsschutz ist oberstes Gebot

Angesichts dieses divergenten Meinungsbildes ist die Haltung des Philologenverbandes eindeutig: Der Gesundheitsschutz ist oberstes Gebot. Im Übrigen setzen wir uns massiv dafür ein, dass Arbeitsschutzgesetze auch in der Corona-Krise einzuhalten sind, auch bei Home-Office-Zeiten. Dazu gehören in Niedersachsen besonders die Arbeitszeitregelungen im Beamtengesetz, die Arbeitszeitverordnung Schule, die Bestimmungen zur Mehrarbeit und der flexible Unterrichtseinsatz.

Unsere Position ist im Vergleich zu den Positionen und Forderungen anderer Lehrerverbände eine Position, die ein deutliches Bekenntnis zu den besonderen Pflichten des Beamtentums gemäß Grundgesetz beinhaltet. Der Beamtenstatus bedingt andererseits aber auch eine umfassende staatliche Fürsorge des Dienstherrn für seine Bediensteten, die wir einfordern und einklagen, wenn es notwendig ist.

Leider waren bisher so gut wie alle Versuche von Lehrkräften und anderen Betroffenen, gegen einzelne Corona-Verordnungen juristisch vorzugehen, erfolglos. Die Gerichte haben bisher fast alle Einschränkungen als rechtmäßig anerkannt. Trotzdem prüfen wir ständig die Möglichkeit juristischer Schritte. Die sind allerdings begrenzt, wie auch ein Blick auf bisherige Entscheidungen zeigt. Aktuell haben wir in Zusammenarbeit mit dem Dienstleistungszentrum des Beamtenbundes eine Klage zur Durchsetzung der unentgeltlichen Versorgung der Lehrkräfte mit FFP2-Masken durch den Dienstherrn in Arbeit. Die Versorgung der Lehrkräfte mit Masken und anderen Arbeitsschutzmitteln ist nach Auffassung unserer Juristen eindeutig eine Aufgabe des Dienstherrn. Insofern ist eine Musterklage notwendig, die sich stellvertretend dann auch auf andere Bereiche auswirkt. Inzwischen sind weitere Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz unumgänglich. Wenn an schnelle Schulöffnungen und Präsenzunterricht gedacht wird, dann müssen auch flächendeckende Schnelltests und Impfmöglichkeiten vorgehalten werden.

Wir stimmen unsere Arbeit in unseren Gremien ab

Selbstverständlich stimmen wir ständig unsere Öffentlichkeitsarbeit und politische Arbeit im Geschäftsführenden Vorstand, im Hauptvorstand und unseren Ausschüssen ab und verständigen uns über unser Vorgehen. Wir stehen in ständigem Kontakt mit unseren Schulpraktikern in den Schulpersonalräten, den Schulbezirkspersonalräten und dem Schulhauptpersonalrat, Fachleiterinnen und Fachleitern sowie unseren Gremien, natürlich auch einzelnen Mitgliedern in Schulen, sodass wir uns ein recht gutes Bild von der Lage und den Bedürfnissen der Schulen und Lehrkräfte machen können. Wir setzen uns kritisch und konstruktiv mit den Erkenntnissen der Wissenschaft und den Beschlüssen der politisch Verantwortlichen auseinander.

denkmal aktiv
Kulturerbe macht Schule

Authentische Geschichtsorte entdecken und so die Bedeutung unseres Kulturerbes kennen und schätzen lernen – das sind die Ziele von „denkmal aktiv“. Schulen, die am Schulprogramm teilnehmen, werden bei Durchführung ihres Projekts mit einer fachlich koordinierenden Begleitung und auch finanziell unterstützt.

„denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule“ richtet sich an allgemeinbildende und berufsbildende Schulen ab Klasse 5 und bietet einen adäquaten Rahmen für alters- und schulformgerechte Projekte der kulturellen Bewusstseinsbildung.

Das Schulprogramm der Deutschen Stiftung Denkmalschutz steht unter Schirmherrschaft der Deutschen UNESCO-Kommission. Auch im kommenden Schuljahr unterstützt sie Schulen, die sich in „denkmal aktiv“-Projekten mit dem UNESCO-Welterbe in Deutschland beschäftigen.

Der Förderpartner Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) unterstützt „denkmal aktiv“-Projekte an Schulen bundesweit, die sich Bau- und Gründenkmalen in ihrem Bezug zur umgebenden Umwelt widmen.

Ab dem 03. März 2021 können sich interessierte Schulen mit einer Projektidee um eine Teilnahme an „denkmal aktiv“ im Schuljahr 2021/22 bewerben. Bewerbungsschluss ist der 07. Mai 2021.

Die Ausschreibungs- und Bewerbungsunterlagen stehen in diesem Zeitraum auf denkmal-aktiv.de zum Download bereit. Informieren Sie sich schon jetzt über die Teilnahmebedingungen: *www.denkmal-aktiv.de/teilnahme*

Über eine eigene wissenschaftliche Expertise verfügen wir gleichwohl nicht. Insofern sind wir – wie auch andere Verantwortliche in Politik und Gesellschaft – abhängig von den Empfehlungen und Beschlüssen der Virologen und der Wissenschaft.

Allerdings ist festzustellen, dass die Situation sich fast täglich ändert, das RKI mindestens im Zwei-Wochen-Rhythmus Aktualisierungen der Infektionslage vornimmt, was bei einigen Verantwortlichen zu voreiligen Kommentaren führt, die dann wieder eingeschränkt werden müssen. Das wirkt natürlich widersprüchlich. Ein Beispiel ist die Maskenpflicht im Unterricht und die Diskussion um die Abstandsregeln in der Schule, ganz zu schweigen von einer dringend notwendigen Test- und Impfstrategie angesichts der aktuellen Entwicklung. Noch immer ist es nicht gelungen, zeitnah klare Informationen bzw. Daten der Gesundheitsämter zu bekommen, vor allem nach den Wochenenden. Es hakt immer noch an der technischen Ausstattung und den personellen Ressourcen, ganz zu schweigen von bürokratischen Umwegen und Datenschutzauflagen, die Abläufe verzögern.

Wir haben Einfluss und können Erfolge verzeichnen
Auf der politischen Ebene sind wir regelmäßig im Gespräch mit dem Kultusminister und Verantwortlichen im Ministerium und den Regionalen Landesämtern für Schule und Bildung, und da werden unsere Forderungen und Anregungen auch gehört. Zu Einzelfragen, z.B. Schulfahrten und Austauschfahrten oder Hygienestandards, verleihen wir den Forderungen unserer Mitglieder durch Schreiben an die politisch Verantwortlichen Nachdruck. Zu unklaren und fehlenden Datenschutzregelungen z.B. haben wir schon vor vielen Monaten eine Eingabe gemacht. Teilweise haben wir keine Antworten bekommen, teilweise waren die Antworten unbefriedigend, gerade was die aktuelle Situation zum Digitalunterricht betrifft. Immerhin ist beispielsweise unsere Forderung nach Dienstlaptops anerkannt worden. Leider hapert es auch hier bei der Umsetzung.

Ich füge hinzu, dass wir die Entwicklung sehr sorgfältig beobachten und immer schnell reagieren. Unsere Stimme hat Gewicht. Auch gewichtige Interessenvertretungen wie Landeselternrat und Landesschülerrat sind an unseren Stellungnahmen interessiert. Grundsätzlich müssen wir bei absolutem Vorrang des Gesundheitsschutzes daran interessiert sein, die Qualität der schulischen Abschlüsse, insbesondere des Abiturs, zu erhalten. Alles andere schadet unserer Schulform und unserem Berufsstand.

Wir sind dankbar für jede Unterstützung
Wir sind dankbar für jede Unterstützung vor Ort und für Rückmeldungen zu Missständen an den Schulen. Auch unsere Personalräte werden das gerne aufgreifen. Letztlich ist ein großes Engagement auf allen Ebenen zu begrüßen, z.B. durch Leserbriefe, Schreiben an Funktionsträger in den Parteien oder Beiträge/Anregungen zu unseren Publikationen (phvn Aktuell und Gymnasium in Niedersachsen).

Unser Verband ist aktiv und präsent und eine Stimme, die gehört wird.

Schulen krisenfest machen:

Bewährte Strukturen erhalten – Innovationen fördern

Die Corona-Krise hat unser Leben verändert. Uns ist bewusst geworden, dass wir in einer fragilen Gesellschaft leben. Nicht nur unsere Gesundheit ist bedroht, auch bewährte Strukturen und alte Gewissheiten werden durch die Pandemie in Frage gestellt. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir noch lange mit dem Corona-Virus leben müssen, auch wenn bald Impfstoffe und Medikamente zur Verfügung stehen. Die Pandemie wirkt wie ein Vergrößerungsglas. Es zeigt uns, wo gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Schwachstellen sind, und zwingt uns, bei der Bekämpfung der Pandemie Prioritäten zu setzen.

Schulen stehen dabei besonders im Fokus. Bewährte Strukturen und Bildungsgänge sowie bisherige Formen des Lehrens und Lernens stehen zunehmend zur Disposition. Das betrifft u.a. die Rolle der Lehrenden, die Selbsttätigkeit der Schülerinnen und Schüler, die Rolle der Elternhäuser, die Lehrmittelausstattung, die Digitalisierung des Lernens und den zentralen Ort der Bildungsvermittlung, also unsere Schulen als Mittelpunkte des sozialen Miteinanders.

Schon ist eine Entwicklung abzusehen, die schleichend zu einer Aushöhlung der Schulpflicht und damit zu einer noch stärkeren Privatisierung der Bildung führt. Eltern können situationsbedingt relativ frei entscheiden, ob sie ihre Kinder aus Angst vor dem Infektionsrisiko während der Pandemie in den Präsenzunterricht schicken oder lieber im Heimunterricht betreut sehen wollen. Die Notenvergabe, Versetzungsregularien und Schulzuweisungen werden in Frage gestellt, besondere, punktuelle Abschlussprüfungen sollen weitgehend entfallen. Einzelne Bildungswissenschaftler wollen die Auflösung der traditionellen Schule, mehr Freiräume, keine verbindlichen Lehrpläne, keine Stundenpläne, keine festen Lerngruppen, keine Leistungsorientierung, kurz, die Abschaffung des lehrer- und lehrplangeleiteten Lernens („fremdbestimmt“) zugunsten des eigenverantwortlichen Lernens („selbstbestimmt“). Wir treten selbstverständlich weiterhin ohne Abstriche für ein differenziertes Schulwesen mit dem Gymnasium als Vermittler von Studierfähigkeit ein.

Sicherlich hat die Corona-Krise viele Mängel im Schulwesen deutlich gemacht. Sie hat aber nicht den Weg in ein völlig anderes System gewiesen. Im Gegenteil, nach wie vor brauchen wir ein differenziertes Schulwesen, das alle Schülerinnen und Schüler gemäß ihren individuellen Stärken und Schwächen fördert. Wir brauchen dafür spezifisch ausgebildete Lehrkräfte, die fachlich und pädagogisch höchst qualifiziert Inhalte und Werte vermitteln können.

Was wir aus der Corona-Krise lernen können ist, nicht die Schulpflicht einzuschränken und die Schulformen zu zerschlagen, sondern eine Rückbesinnung auf das Bewährte und seine behutsame Weiterentwicklung: besser ausgestattete Schulen, Schulgebäude auf der Höhe der Zeit, eine konkurrenzfähige digitale Infrastruktur, vollkommene Lehrmittelfreiheit (auch für Lehrkräfte) und mehr Personal (von der Lehrerreserve bis hin zu Schulpsychologen, Sozialarbeitern, Lernbegleitern und IT-Betreuern). Vertrauen ist vor allem gegenüber der Kreativität und pädagogischen Eigenverantwortung der Lehrkräfte angebracht.

Die Erfahrungen aus der Pandemiekrise müssen für das Bildungssystem nutzbar gemacht werden, um die Voraussetzung für gelingenden Unterricht unter verschiedenen Bedingungen zu schaffen. Der Hauptvorstand fordert deutlich umfassendere Innovationen in grundlegenden pädagogischen, technischen, gesundheitsrelevanten und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen:

1. Zeitnah ist eine Bestandsaufnahme der baulichen bzw. räumlichen, der hygienischen sowie der personellen Situation der Schulen vorzunehmen und die Gesundheitsvorsorge für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte pandemiesicher auszubauen.
2. Klassen- und Kursgrößen müssen deutlich verkleinert werden.
3. Alle Schulen, Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte sind kurzfristig mit der notwendigen digitalen Infrastruktur und digitalen Endgeräten auszustatten, die rechtssicher und datenschutzkonform Unterricht über die digitale Plattform der Schule ermöglichen.
4. Eine kontinuierliche Unterstützung der Lehrkräfte durch technisches Personal und in der Fortbildung für neue digitale Formate ist zu gewährleisten.
5. Bildungs- und Leistungsstandards dürfen nicht abgesenkt werden.
6. Dauerhafte Förderangebote sind, unterstützt durch ein zusätzliches Budget für die Schulen, auszubauen.
7. Alle ausgebildeten Referendarinnen und Referendare müssen über den kurzfristigen Bedarf hinaus eingestellt werden.
8. Die Kürzung des Referendariats von 24 auf 18 Monate ist zurückzunehmen, damit Referendare sowohl dem erhöhten Anforderungsprofil im Lehrerberuf genügen wie auch für bedarfsorientierten Förderunterricht für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stehen.

Lehrkräfte am Limit

Corona hat das Märchen von der 40-Stunden-Woche endgültig ad absurdum geführt

Angesichts der klaren Daten zur Lehrerarbeitszeit, die zuletzt auch in der vom Deutschen Philologenverband in Auftrag gegebenen Studie „Lehrerarbeit im Wandel“ bestätigt wurden, kritisiert der Hauptvorstand des Philologenverbandes Niedersachsen die fehlende Anerkennung und Wahrnehmung der akuten Belastung der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen durch den Dienstherrn. Zwei Drittel der mehr als 176.000 Gymnasiallehrkräfte in Deutschland erleben in ihrem Schulalltag eine hohe oder sehr hohe berufliche Belastung. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Gymnasiallehrkräfte ist laut Göttinger Arbeitszeitstudie mit fast 50 Stunden die höchste Arbeitszeit an allen Schulformen. Je höher die Arbeitszeit, desto höher die Belastung. 83 Prozent dieser Lehrkräfte sprechen von einer sehr hohen Belastung.

Mit Beginn der Corona-Pandemie sind für Lehrkräfte weitere Belastungsfaktoren hinzugekommen:

- ein deutlich erhöhtes Arbeitspensum, z.B. durch zusätzliche Aufgaben, Doppelbelastung durch Präsenzunterricht und Homeschooling, zusätzlicher Vertretungsunterricht, erhöhter Bedarf an Feedback-Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern sowie Eltern,
- weniger Planbarkeit durch ständig wechselnde Hygieneregeln und Rechtsbestimmungen sowie das Erfordernis der unvermittelten Umsetzung vor Ort,
- zusätzliches Arbeitspensum in Corona-Krisenstäben in Schulen, Entwicklung von Schutz- und Hygienekonzepten, Gewährleistung und Kontrolle der Einhaltung von aufgestellten Schutzvorgaben,
- eine zu geringe Unterstützung bei der Organisation und Gestaltung von Hybrid- oder Fernunterricht durch digitale Hard- und Software, Konzepte und Fortbildungen,
- eine wachsende Entgrenzung von Arbeitszeit und Freizeit, fehlende Pausenzeiten,
- die Angst vor Infektionen mangels ausreichenden Arbeitsschutzes und weiterhin angeordneter Abordnungen an mehrere Dienststellen.

© Strassner Fotografie – Adobe Stock

Die Lehrkräfte, die sich immer häufiger in der Öffentlichkeit mit Diffamierungen gegen ihren Berufsstand konfrontiert sehen müssen, halten den Schulbetrieb, soweit es möglich ist, aufrecht und erfüllen damit gewissenhaft den Bildungsauftrag des Staates. Es ist jedoch nicht zu vermitteln, warum diese Lehrkräfte ihre Rechte auf Schutz zugunsten des Bildungsanspruchs grenzenlos zurückstellen sollen und erneut Sonderopfer bringen müssen. Arbeitsschutz und Gewährleistung des Bildungsanspruches dürfen sich nicht ausschließen. Der Dienstherr kommt seiner Verantwortung nicht nach.

Arbeitszeitschutz ist ein Teilgebiet des Arbeitsschutzes. Dies gilt unabhängig vom jeweiligen Szenario, d.h. auch in Szenario B. Gleichwohl werden viele Lehrkräfte, insbesondere auch Teilzeitkräfte, deutlich über die regelmäßige Arbeitszeit eingesetzt. Der tatsächlich erhöhte Arbeitsumfang wird zwar vom Kultusminister auch öffentlich angesprochen, jedoch werden zu wenig Maßnahmen ergriffen, um die Belastung zu regulieren. Bei der Betreuung von geteilten Klassen in Präsenz und Homeschooling kommt auf die Arbeitszeit bezogen zu jeder Klasse eine „Parallelklasse“ dazu. Bei z.B. 24 Unterrichtsstunden in Präsenz müssen praktisch in der jeweils anderen Halbgruppe weitere 24 Unterrichtsstunden im Homeschooling geleistet werden. Denn eine Präsenz- und eine Homeschooling-Halbgruppe können dabei nur in seltenen Fällen identisch vorbereitet werden. Klassenarbeiten und Klausuren müssen in Szenario B pro Gruppe teilweise in doppelter Ausfertigung konzipiert werden, weil immer nur eine Halbgruppe anwesend ist. Die Anzahl der zusätzlich zu schreibenden und zu beantwortenden E-Mails an und von Schülerinnen und Schülern sowie Eltern steigt sprunghaft an.

Der Hauptvorstand des Philologenverbandes Niedersachsen fordert:

1. Infektionsschutzmaßnahmen in den Schulen umgehend umsetzen – keine Umwege und weitere Zeitverzögerungen durch Zuständigkeitsgerangel.
2. Sofortige Ausstattung aller Lehrkräfte mit den benötigten MNB.
3. Bildung kleinerer Klassen.
4. Einstellung zusätzlicher Verwaltungskräfte an Schulen (die ersten Bemühungen durch das Kultusministerium werden begrüßt).
5. Einstellung zusätzlicher Systemadministratorinnen und -administratoren an Schulen.
6. Einhaltung der Obergrenzen der regelmäßigen bzw. individuellen Arbeitszeit.
7. Gewährung der angekündigten Anrechnungsstunden.
8. Einhaltung von gesetzlichen Pausen- und Ruhezeiten.
9. Effektive Kontrolle der Einhaltung der zulässigen Höchstarbeitszeit (diese darf nicht mangels Dokumentation der Arbeitszeit unterlaufen werden).
10. Rückhalt für Lehrkräfte durch den Dienstherrn gegen Angriffe und Diffamierungen in der Öffentlichkeit.

G9-Abitur in Zeiten der Pandemie richtig gestalten

Gleiche Startbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler schaffen

Die Abiturprüfungen werden 2021 in Niedersachsen wieder nach einer neunjährigen Gymnasialzeit abgelegt. Schon jetzt ist klar: Die vom Philologenverband immer wieder geforderte Rückkehr zu G9 hat sich bewährt. Die inhaltliche Entlastung der Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Jahrgängen der Mittelstufe zahlt sich aus, weil Bildungsinhalte wieder nach lernpsychologischen Aspekten unterrichtet werden und mehr Zeit zum Üben und Wiederholen bleibt. Dies ist gerade in Zeiten der Pandemie notwendig, wenn das System Schule herunter- und wieder heraufgefahren werden muss. Das zusätzlich gewonnene Jahr kommt den Schülerinnen und Schülern des Sekundarbereichs II im besonderen Maße bei der wissenschaftspropädeutischen Arbeitsweise, dem Merkmal gymnasialen Unterrichts, zugute.

Vergleichbarkeit und Verbindlichkeit für das Abitur 2021 sicherstellen

Dieser erste G9-Jahrgang ist jedoch durch die Corona-Pandemie besonders betroffen, und daran wird sich auch bis zu den Abiturprüfungen nichts ändern. Da die niedersächsischen Schülerinnen und Schüler zum Wintersemester 2021/2022 deutschlandweit um Studienplätze konkurrieren, sieht der Philologenverband Handlungsbedarf für eine Weichenstellung, die Zukunftsperspektiven eröffnet.

Das niedersächsische Abitur ist anspruchsvoll und soll auch in Zukunft so bleiben. Die Vergleichbarkeit mit anderen Bundesländern muss heute wie morgen gegeben sein. Es kann nicht sein, dass Kultusministerien ohne Absprachen vorpreschen und beispielsweise Hochschulberechtigungen ohne schriftliche Abiturprüfungen vergeben wollen (wie es im letzten Jahr von Frau Ministerin Prien aus Schleswig-Holstein vorgeschlagen wurde). Zur Vergleichbarkeit gehört immer Verbindlichkeit. Sollte es aufgrund der Pandemie zu erhöhten Fallzahlen und damit zu Unterrichtsausfällen kommen, müssen die Abiturprüfungen dennoch sichergestellt werden.

Chancengleichheit für Schülerinnen und Schüler durch einheitliche Rahmenbedingungen garantieren

Die Absprachen der KMK müssen verbindlich sein und in allen Bundesländern gleichermaßen umgesetzt werden. Bei den Durchschnittsnoten im Abitur ist Niedersachen jedenfalls das Schlusslicht und das liegt keinesfalls daran, dass unsere Schülerinnen und Schüler schlechter sind als die Prüflinge aus dem benachbarten Bundesländern Hamburg, Bremen oder NRW. Sie werden aber beim Zutritt zu den Universitäten schlechter gestellt. Es ist ein zentrales Gebot der Chancengerechtigkeit, dies abzustellen.

Die Qualität des Abiturs kann nur durch bundesweite Standards, die eine echte Vergleichbarkeit zwischen den Ländern möglich machen, gesichert werden. Nach den länderübergreifenden Aufgaben in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch werden bundesweit definierte Bildungsstandards im Abitur 2025 auch für die Fächer Biologie Chemie und Physik verbindlich. Bis spätestens 2022 müssen die Bildungsstandards in Curricula umgesetzt werden, damit ab der Einführungsphase in Jahrgang 11 danach gearbeitet

© Halfpoint – Adobe Stock

© XXXX – Adobe Stock

werden kann. Diese werden Grundlage für zukünftige Abiturprüfungen sein.

Es ist für uns eine absolute Selbstverständlichkeit, dass die vom Kultusministerium entwickelten Curricula nicht noch einmal von den Fachgruppen der Schulen in schuleigene Lehrpläne umgesetzt werden müssen. Die curriculare Umsetzung der KMK-Bildungsstandards ist und bleibt die originäre Aufgabe der Kultusministerien. Wir werden es nicht akzeptieren, dass das Erstellen von Curricula erneut an den Schulen geschehen soll. Die Lehrkräfte vor Ort haben neben der Erteilung von Unterricht genügend andere Aufgaben zu leisten als auch noch die des Kultusministeriums zu erledigen.

Der Philologenverband wird die fachdidaktischen Diskussionen mitgestalten, denn Abituraufgaben, die lediglich eine Lesekompetenz abprüfen, lehnen wir ab. Sogenannte „prozessbezogene Kompetenzen“ dürfen die Fachwissenschaft betreffende Kenntnisse und Fertigkeiten nicht ersetzen. Diese schleichende Aushöhlung ist in zahlreichen Fächern zu beobachten.

Bundesweit verbindliche Standards für die Qualifikationsphase und die Abiturprüfungen festsetzen
Schriftliche Abiturprüfungen mit bis zu zehn Seiten Material pro Aufgabenvorschlag, wie 2019 im Zentralabitur im Fach Deutsch geschehen, sind völlig absurd, da die Prüflinge in der vorgegebenen Auswahlzeit eine begründete Entscheidung für oder gegen einen Vorschlag gar nicht fällen können. Es darf auch nicht sein, dass die Schülerinnen und Schüler ihre im Unterricht erworbenen Fähigkeiten nicht nachweisen können, weil die Aufgabenstellung derart verklausuliert ist, dass es sich mehr um eine Entschlüsselung von Aufgaben als um die Überprüfung von Kenntnissen und Fähigkeiten handelt.

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung muss die Angleichung der Bearbeitungszeiten und der Auswahlmöglichkeiten in den Bundesländern genauso wie die gleichen Belegungs- und Einbringverpflichtung in der Qualifikationsphase und die gleiche Gewichtung von Prüfungsleistungen in den schriftlichen Abiturprüfungen gewährleistet sein.

Daher fordert der Hauptvorstand des niedersächsischen Philologenverbandes für Abiturprüfungen ab dem Schuljahr 2020/2021:

1. Gleiche Bedingungen in allen Bundesländern (Bearbeitungszeiten, Auswahlmöglichkeiten, Belegungs- und Einbringverpflichtung in der QP, Klausurenanzahl und -länge in der QP);
2. Gleiche Gewichtung von Prüfungsleistungen in den schriftlichen Abiturprüfungen;
3. Vorrang fachwissenschaftlicher Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten;
4. Begrenzung des Aufgabenmaterials bei angemessener Auswahlzeit;
5. Keine Überfrachtung von Aufgaben, keine absurd konstruierten Aufgabenstellungen;
6. Umsetzung der für die Fächer definierten Bildungsstandards in Curricula durch das MK

Um diese Forderungen zu erfüllen, muss die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in allen Klassenstufen von 5 bis 13 gewährleistet sein. Kursgrößen in der Einführungs- und Qualifikationsphase sind auf 18 Schülerinnen und Schüler zu begrenzen, um eine individuelle Förderung und Differenzierungsmaßnahmen zu ermöglichen. Dies ist schon aufgrund der stark gewachsenen Heterogenität der Lerngruppen geboten, um vergleichbare Möglichkeiten anderer Bundesländer unseren Schülerinnen und Schülern nicht vorzuenthalten.

Für die Abiturkorrekturen ab 2021 muss der Erlass über die Korrekturtage zum schriftlichen Abitur in Kraft bleiben. Dazu muss jeder Schule mit Abiturprüfungen eine Vertretungsreserve zur Verfügung gestellt werden. Diese Stunden dürfen nicht aus dem Bestand der Schulen erwirtschaftet werden, sondern müssen vom Kultusministerium in Form zusätzlicher Lehrerstunden zur Verfügung gestellt werden.

Umsetzung der Digitalisierung an den niedersächsischen Schulen – Update 2020

In den Zeiten der Corona-Pandemie sind die vom Philologenverband schon über lange Jahre angesprochenen Mängel bei der Umsetzung der Digitalisierung an niedersächsischen Schulen, damit auch an den Gymnasien, wie unter einem Brennglas sichtbar geworden.

Die zunehmende Nutzung der digitalen Möglichkeiten hat deren Grenzen aufgezeigt. Besonders deutlich ist dabei geworden, dass die unmittelbare Interaktion zwischen Lehrkräften und Lernenden sowie zwischen Schülerinnen und Schülern beim Präsenzunterricht eine so gewichtige Rolle für alle Lernvorgänge spielt, dass sie unverzichtbar für jeglichen Lernerfolg ist.

Die fachliche und pädagogische Kompetenz der Lehrkräfte lässt sich nicht durch Selbstlernprogramme und Erklärvideos ersetzen. Weiter hat sich gezeigt, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen von der Individualisierung des Lernens profitieren. Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien werden durch diese Form des Lernens erkennbar benachteiligt.

Die fehlenden konzeptionellen Vorgaben durch das Kultusministerium und die mangelnde technische Ausstattung stellen Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler vor allem beim hybriden Unterricht und beim „Lernen von zu Hause“ (Szenario C) vor kaum lösbare Aufgaben. Selbst

© Robert Kneschke – stock.adobe.com

zeitgemäßer digital unterstützter Präsenzunterricht ist bei weitem nicht überall möglich. In großer Hektik wurde und wird nun vom Land und von den Schulträgern versucht, die Versäumnisse von Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten, auszubügeln. Unkoordinierte Maßnahmen sollen plötzlich Abhilfe schaffen. Geld scheint in diesen Zeiten für Bund und Länder keine Rolle mehr zu spielen. Allein die Umsetzung lässt sich eben nicht beliebig beschleunigen. Grundlegende Konzepte sucht man vergebens. So stehen die Schulen weiterhin an ganz unterschiedlichen Entwicklungspunkten, die auch stark vom jeweiligen Schulträger beeinflusst werden.

Von Herstellung einer Chancengleichheit ist überall die Rede. Wie soll sie aber gelingen, wenn schon die Voraussetzungen dafür an den einzelnen Schulen so stark divergieren? Der „öffentliche Blick“ richtet sich meist nur auf die Situation der Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrkräfte finden vielfach völlig unzureichende Arbeitsbedingungen vor. Wenn vor allem die technischen und personellen Bedingungen so eingeschränkt sind, hilft auch die beste Kompetenz des Einzelnen nicht weiter.

Die Situation wäre in den Pandemiezeiten in den Schulen noch wesentlich schlimmer, wenn nicht ein Großteil der Lehrkräfte mit eigenen Endgeräten und individueller Fortbildung auf rechtlich unsicherem Terrain für ihre Schülerinnen und Schüler das Optimum versucht hätte.

Der Hauptvorstand des Philologenverbandes erneuert daher seine Forderungen:

1. ein leistungsfähiges Internet/WLAN für alle Schulen,
2. eine IT-Administration ausgestattet mit zusätzlichen Ressourcen und durch ausgebildete Personen, (mit regelmäßiger, bei größeren Systemen ständiger Anwesenheit an der Schule),
3. die zügige Anschaffung von dienstlichen Endgeräten,
4. die Übernahme der Kosten für digitale Unterrichtsmaterialien und Software für die dienstliche Nutzung, auch z.B. für Videokonferenzen, (bevorzugt Open-Source-Lösungen),
5. die umfassende Mitbestimmung des Personalrats und des Schul-Datenschutzbeauftragten bei Einführung neuer Medien, die zu einer Veränderung der Arbeitsbedingungen führen,
6. insbesondere den Ausschluss von Überwachungsmöglichkeiten,
7. eine klare und realistische Umsetzung der Bestimmungen der DSGVO auf den schulischen Bereich (in diesem Zusammenhang fordern wir: eine Aufgabenbeschreibung und Anrechnungsstunden für Schul-Datenschutzbeauftragte),
8. bedarfsgerechte Aus- und Fortbildungen mit den entsprechenden zeitlichen Ressourcen,
9. die beschleunigte Umsetzung der Niedersächsischen Bildungscloud in Verbindung mit der rechtlichen Klärung der Urheberrechtsbedingungen mit Zugang für alle Schulen,
10. die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze, z.B. das Recht auf Nicht-Erreichbarkeit.

Die Corona-Krise zeigt, wie schnell Politik unter Bedrängnis handeln kann und welche finanziellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können.

Der Hauptvorstand des Philologenverbandes fordert von Bund und Ländern eine weitsichtige und tragfähige Bereitstellung von Konzepten und finanziellen Mitteln zur Umsetzung der Digitalisierung in den Schulen.

„Stell dir vor, dein Referendariat beginnt und kein Schüler geht hin“

Von Dr. Christoph Rabbow

Wenn jemand vor genau einem Jahr die im Titel dieses Aufsatzes genannte Vision geäußert hätte, man hätte sicher eine Replik des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt erwidert: „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen.“

Den neuen Lehrkräften, die zum 27.1.2021 ihren Vorbereitungsdienst an den niedersächsischen Studienseminaren antraten, ist genau dies widerfahren, da sich die Schülerinnen und Schüler – bis auf den Abiturjahrgang 2021 – zum Zeitpunkt der Einstellung im Distanzunterricht befanden. Eine unmittelbare Kontaktaufnahme mit Schülern als „lernende Wesen“ war für die angehenden Lehrerinnen und Lehrer nicht möglich.

Gut, wir leben in ungewöhnlichen Zeiten, aber dies ist auch für alle an der Ausbildung beteiligten Personen ein völlig neuer Zustand, und es wird diese Generation von Lehrerinnen und Lehrern prägen wie keine zuvor. Bisher konnte man zumindest die Einführungswochen der Seminare und die Einführung in den Schulen immer als Präsenzveranstaltungen durchführen und spätestens eine Woche nach der Vereidigung wurde der erste Kontakt mit den Schülerinnen und Schülern aufgenommen. Dafür hatte man so lange studiert und sich auf den Erstkontakt natürlich gefreut. Endlich wieder in einer Klasse stehen, diesmal allerdings auf der anderen Seite. Es nun endlich besser machen können als die Lehrer, die man selbst hatte oder jetzt dem eigenen Vorbild nacheifern können – nichts davon! Die „Unterrichtsnormalität“ ist auch hier der von politisch Verantwortlichen so oft zitierten neuen Normalität gewichen.

Diese neue Normalität sah im letzten Ausbildungsjahr so aus:

- Wo früher Fachsitzungen an den Schulen oder im Seminar üblich waren, finden nun Videokonferenzen statt,
- anstatt Unterrichtskonzepte in der Praxis zu begleiten und nach dem Unterricht diesen mit den Ausbildern zu reflektieren, werden nun Trockenübungen absolviert. Was wäre, wenn?
- statt realem Prüfungsunterricht werden nun theoretische Kolloquien abgehalten,
- statt gemeinsam Präsenzunterricht in Fachsitzungen zu planen und zu realisieren, wurden Konzepte für Distanz- und Wechselunterricht von den Auszubildenden eingefordert,
- statt Exkursionen zu fachdidaktischen und pädagogischen Veranstaltungen durchzuführen, steht die Entwicklung von Versuchen mit Haushaltsmitteln am Küchentisch im Vordergrund,
- statt feierlicher Verabschiedung der ausgebildeten Lehrkräfte ein letztes Treffen in einer gemeinsamen Videokonferenz mit digitalem Winken,
- keine gemeinsamen Unterrichtsbesuche oder Beratungsbesuche mit mehreren Auszubildenden und Ausbildern und
- Unterrichtshospitationen, so sie überhaupt möglich waren, mit Mund-Nasen-Schutz unter Einhaltung des Abstandgebotes mit Stoßlüften nach 20 Minuten Unterricht.

Nein, normal ist das alles wirklich nicht. Und ich sehne die guten alten Zeiten mit Präsenzunterricht vor und in einer Klasse zurück. Denn dieser hat nicht umsonst seine Berechtigung in Schule und Ausbildung. Aber richtig ist auch: Jahr Eins der Corona-Pandemie hat den Unterricht in Schulen und die Ausbildung an den Studienseminaren verändert. Vielleicht noch nicht so weit, wie man sich das in diesen ungewöhnlichen Zeiten wünschen würde, aber doch viel weiter als zahlreiche Bedenkenträger meinen. Die Ausbildung im Seminar war gezwungen sich neu zu orientieren, ebenso wie der Unterricht an den Schulen. Und was zunächst holprig begann, war schließlich einem ständigen Optimierungsprozess unterworfen, bei dem Lehrkräfte von ihren Schülerinnen und Schülern und die Ausbilder von ihren Referendaren lernen konnten.

Wo hat es das vorher schon mal gegeben, Unterricht und Ausbildung auf Augenhöhe – und zwar wirklich!

Ja, ich habe in dieser Zeit viel von meinen Schülerinnen und Schülern und meinen Lehrkräften im Vorbereitungsdienst profitieren können und sie umgekehrt auch von mir. Lehren und lernen wurde vielerorts zum selbstbestimmten und selbstorganisierten Lernen und dass alle da anfangs Schwierigkeiten hatten, zeigt die folgende E-Mail eines äußerst computeraffinen Koordinators an einer Stader Ausbildungsschule an sein Kollegium eindrücklich:

„So problematisch unsere Videokonferenzen gerade sein mögen, um so froher bin ich, dass unser System durchgängig zuverlässig und flott funktioniert.

Und so sehr der oder die eine zu Hause vorm Bildschirm auch fluchen mag, wenn wieder einmal eine Einstellung „weg“ ist, die ganz sicher beim letzten Mal noch „da“ war. Oder die Schüler irgendetwas sehen konnten, was sie nicht hätten sehen sollen oder eben nicht sahen, obwohl sie es jetzt doch sehen sollten. Oder man in zwei Stunden einen (!) kleinen Test entworfen hat. Oder ...

Ich finde es großartig, was alle gerade leisten und (zwangsweise) technisch dazulernen. Das Gute ist doch: Wir werden davon nach Corona noch profitieren, wenn neue Technik Einzug in unser Gymnasium erhält. Wir hätten viele der Schritte, die wir jetzt machen müssen, sowieso lernen müssen.“

Der digitale Anfang ist gemacht

Aller Anfang ist schwer! – sagt ein Sprichwort und so ist es auch. Aber der digitale Anfang ist gemacht. Was die Kultusminister seit Jahrzehnten ausgesessen haben, wurde durch Corona beschleunigt. Man hörte im letzten Jahr immer wieder, dass Corona wie ein Brennglas die Probleme offen zu Tage brachte. Das ist richtig und das sind derer viele. Aber Corona ist, was die Umsetzung der Digitalisierung in Schule und Beruf angeht, auch ein Katalysator. So bitter es klingen mag, aber ohne die Corona-Pandemie stünden wir immer noch am digitalen Anfang. Dass es vor Ort so schleppend voran geht, haben weder die Schulen noch die Seminare zu verantworten. Es liegt an den fehlenden Weichenstellungen aus der Politik, und da kann man keine politische Ebene ausnehmen. Auf ankündigte Dienstrechner wartet man vergeblich. Auch die KMK hat das Thema völlig verschlafen und erst im Jahr 2021 schreibt sich Frau Ernst die Digitalisierung von Schulen auf die Fahne ihrer KMK-Präsidentschaft.

Die Lern- und Ausbildungskultur hat sich im Jahr Eins der Pandemie verändert und das ist positiv! Denn wir haben uns alle gemeinsam auf den Weg gemacht und einige besonders versierte Kollegen sind vorangegangen, aber sie haben aufgepasst, dass alle, die wollten, auch mitgenommen worden sind.

Wir stehen heute mit Blick auf die Medienkompetenz fachdidaktisch und -methodisch besser da als noch vor einem Jahr, auch wenn Präsenzunterricht und Präsenzfachsitzungen nicht stattfinden konnten. Natürlich blieben dabei andere zu vermittelnde Kompetenzen, Fertigkeiten und Fähigkeiten, die für das professionelle pädagogische Tun und ein lang erfülltes Lehrerleben unabdingbar sind, auf der Strecke. Diese coronabedingten Schäden wären nur mit einer Verlängerung des Referendariats vermeidbar gewesen. Allerdings wurde unsere Forderung vom Dienstherrn abgelehnt. Seien Sie gewiss, dass wir im Sinne der Qualitätsanforderung an die Lehrerausbildung diesen Anspruch weiterhin auf unserer Agenda haben werden.

Unterricht neu gedacht

Seit einem Jahr denken die Ausbilderteams an den Seminaren Unterricht neu, dabei galt es, bewährte Unterrichtskonzepte des Präsenzunterrichts auf digitale Füße zu stellen. Und wo so mancher Auszubildender zunächst dachte, dass nur expositorische Lehrverfahren über Plattformen möglich erschienen, zeigten sich doch schnell viele Möglichkeiten und die damit verbundenen Chancen digitaler Lernumgebungen auf. Lernplattformen sind heute ein ständiger Begleiter in Unterricht und Ausbildung, das wird auch in Zukunft so sein und hier muss die Lehrerausbildung weiterhin aufgeschlossen sein und sich noch professioneller aufstellen.

Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Präsenzunterricht ist das Beste, was der Schule passieren kann, aber wenn dies nicht geht, müssen eben andere Formen des Unterrichts gefunden werden. Eines ist nach Hattie sicher: Auf den Lehrer oder die Lehrerin kommt es an! Das gilt für den Präsenzunterricht genauso wie für den didaktisch-methodischen Umgang mit Lernplattformen, wenn diese nicht nur für Beschäftigungszwecke, sondern für echten Unterricht genutzt werden sollen. Zukünftige Lehrkräfte müssen didaktisch und pädagogisch vor einer Lerngruppe genauso bestehen können wie die von ihnen erstellten Konzepte für den Distanz- und Wechselunterricht. Der Hybridunterricht gehört heute zu einer modernen Lehrerausbildung.

© Irina Schmidt – Adobe Stock

Ein wesentlicher Vorteil digitaler Lernumgebungen auf „funktionierenden“ Lernplattformen sind die unbegrenzten Möglichkeiten der Differenzierung und der Individualisierung. Nicht zuletzt kann der Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern schnell und einfach hergestellt werden, ohne dass Messenger-Dienste à la WhatsApp genutzt werden müssen. Differenzierung und Individualisierung von Schülerinnen und Schülern können erheblich zum Interesse und zur Motivation beitragen.

Oder um es noch einmal mit Helmut Schmidt zu sagen: *„Ich war als Schüler relativ faul. Was mich nicht interessiert hat, habe ich nur flüchtig gemacht. (...) Meine Frau und ich waren ja in derselben Klasse; wir hatten eine ähnliche Handschrift und es ist vorgekommen, dass Loki meine Hausaufgaben in mein Heft geschrieben hat, zum Beispiel in Mathematik, da war sie besser.“*

Nachrichten aus dem (Beinahe-)Paradies

Oder: wie unterrichte ich meine Abiturientinnen und Abiturienten in zwei Räumen gleichzeitig?

Von Astrid Thielecke

Wie bereits erwähnt, leben wir am Eichsfeld-Gymnasium ja in (fast schon) paradiesischen Zuständen: Whiteboards in allen Unterrichtsräumen, einen eigenen Schulserver (vgl. Artikel aus dem ET vom 19.01.21), sehr willige Schülerschaft... Inzwischen gab es auch noch eine weitere SchiLF, bei der es um digitale Tools ging.

Nun also nach den Weihnachtsferien Szenario C für die Jahrgänge 5-12 und Szenario B (auf dem Papier) für Jahrgang 13. Für meinen EA-Kurs mit 17 Schülerinnen und Schülern bedeutet das: Unterricht mit je einer Hälfte in zwei Räumen.[1]

Ich fühle mich bei der Unterrichtsvorbereitung in die Zeiten des Referendariats zurückversetzt: mindestens zwei Zeitstunden für die Planung einer Doppelstunde. Zum Glück habe ich nicht noch 16 weitere Stunden mit Videokonferenzen vorzubereiten, sondern nur zwei... Die Korrekturen der in den Kurs- bzw. Klassenordner eingestellten Hausaufgaben kommen noch dazu.

Da wir ja schon Zeit für Unterrichtsinhalte verloren haben und in Biologie leider keine Inhalte gekürzt werden können, weil jede Schule ihr eigenes Curriculum anlegen musste, ist die verbliebene Unterrichtszeit besonders kostbar. Glücklicherweise kann man eine vorbereitete Präsentation auf dem Schulserver im Ordner des Kurses von zu Hause aus ablegen.

Also muss ich nur die benötigten Links zu Filmen, die Abbildungen und vorgefertigte Zusammenfassungen sinnvoll gestalten, so dass ich im Unterricht nicht dauernd hin und her schalten muss. Mittlerweile kann ich auch mit sogenannten Breakout-Rooms kleine Gruppenarbeiten in der jeweiligen Lerngruppe abhalten lassen. Das nützt mir hier aber nichts, weil ich ja nur zwei Gruppen in je einem Raum unterrichte.

Videokonferenz in zwei Räumen

In beiden Räumen starte ich über das Whiteboard und die Dokumentenkamera eine Videokonferenz. Ich habe mir überlegt, dass ich nach einer Einzelstunde den Raum wechsele, damit die andere Hälfte des Kurses auch die gleiche Möglichkeit hat, sich einfacher mündlich zu beteiligen. Leider sehe ich, wenn eine Präsentation läuft, nämlich nicht, wer sich im anderen Raum meldet. Also nehme ich mein privates Tablet mit und schalte es auch noch zu. Das Bild aus dem anderen Raum ist aber sehr klein ... und die Dokumentenkamera kann überhaupt gar nicht alle so weit auseinander sitzenden Schüler bzw. Schülerinnen erfassen. Also doch notfalls mit Reinrufen...

Ab und zu muss ich noch zwischen den Räumen hin und her rennen, um die Lernenden, die nicht das digitale Arbeitsblatt benutzen, mit analogen Kopien zu versorgen. Nach zwei Wochen Übung in diesem Szenario B bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass das Unterrichtsgespräch möglichst wenig Zeit einnehmen darf. Dafür gibt es mehr Einzelarbeit und Vergleich der Ergebnisse / Diskussion in den Gruppen der einzelnen Räume. Sicher sein, dass alle alles verstanden haben, kann ich aber nicht, da ich ja nur die Hälfte der fragenden Gesichtsausdrücke sehen kann.

Oft denke ich, es wäre bei unserer guten Ausstattung für alle leichter, wenn die eine Hälfte der Lerngruppe einzeln von zu Hause zugeschaltet wäre. Dann hätte ich einen besseren Überblick. Zum Glück muss ich, da ich in zwei Hörsälen unterrichte, nicht auch noch darauf achten, dass alle 20 Minuten die Fenster geöffnet werden....

Irgendwie fühlt sich jede abgehaltene Doppelstunde wie sechs Einzelstunden an! Ich bin gespannt, wie alle Beteiligten dies bis zu den nächsten Ferien durchhalten werden. Aber es könnte schlimmer sein. Wie gesagt, ich lebe ja in einem (Beinahe-) Paradies.

1 In den Pausen sind aber alle mehr als 100 Schülerinnen und Schüler zusammen, und ihre Zusammensetzung wechselt natürlich auch in anderen Kursen.

Ein Jahr Corona in Schule – Rück- und Ausblicke

Von Henning Kratsch

© tiejo – Adobe Stock

Seit nunmehr gut einem Jahr bestimmt die Coronapandemie die gesellschaftlichen und politischen Diskurse und mithin auch das schulische Leben.

Wie in allen anderen schulischen Bereichen auch, hat die aktuelle Krise mit all ihren Herausforderungen auch die Arbeit der Schulleitungen deutlich beeinflusst beziehungsweise in den vergangenen Monaten bestimmt. Neue Anforderungen, Themenkomplexe und Fragestellungen galt es zu erschließen, Kommunikationswege anzupassen und die in einer Krise umso notwendigere „Gelassenheit“ zu bewahren.

Wie in anderen Bereichen auch fehlte es an Blaupausen, Erfahrungen und Routinen, sodass es – nicht zuletzt in Kombination mit der Konstruktion der eigenverantwortlichen Schule – oftmals im Ermessen der Schulleitungen lag, die Schule im Rahmen der vom Land abgesteckten Grenzen aus Erlassen, Leitfäden und weiteren Vorgaben, so sicher und pandemiefest wie möglich zu machen. Krisen und Katastrophen gelten – nicht ganz zu Unrecht – oft als Zeit der Exekutive und so waren es wohl vornehmlich die Schulleitungen und insbesondere auch die Koordinatorinnen und Koordinatoren (im Übrigen leider immer noch mit 5, anstatt der so lange schon nötigen 7 Anrechnungsstunden entlastet), die zunächst den ersten schulischen Lockdown und sodann die stufenweise vorgenommenen Öffnungsschritte zu organisieren hatten.

Oftmals kam dabei sicherlich auch der ansonsten in Schule und ihren Gremien so gewinnbringende Diskurs mit den an Schule beteiligten Gruppen zu kurz oder er konnte – ganz wie man es auch auf politischer Ebene im Land und im Bund beobachten konnte – erst gleichsam rückwirkend erklärt und verteidigt werden. Neben den Möglichkeiten des unbeschwerten Austausches in Präsenz fehlte es hier oftmals schlichtweg an Zeit. Zumeist galt es zügig auf neue Situationen zu reagieren oder aber neue Vorgaben umzusetzen.

Sorge um das Wohl der Schulgemeinschaft

Neben den ganz praktischen Fragestellungen, die den „neuen“ Schulalltag begleiteten und bis heute begleiten, stand und steht natürlich immer auch die Sorge um das Wohl der Schulgemeinschaft. Geht es mit diesem Blickwinkel sonst vor allem um primär schulische und soziale Fragen, so rückten mit der Pandemie plötzlich Fragen nach und mithin auch Sorgen um die physische Gesundheit in den Mittelpunkt. Wie lässt sich Schule gestalten im Wissen um ein bedrohliches Virus mit nach wie vor so vielen Unbekannten? Wie lassen sich neue „Coronaregeln“ einführen und umsetzen, insbesondere in Zeiten, in denen die Gefahr des Virus teils immer noch weit weg schien, Bergamo und New York waren doch höchstens ferne Menetekel? Wie kann man in Pandemiezeiten überhaupt täglich Großveranstaltungen mit mehreren Hundert Kindern und Jugendlichen durchführen und trotzdem ebenso diese Gruppe wie auch die sie unterrichtenden Lehrkräfte und das schulische Personal schützen? Was nützen teils sehr kreative, ausgeklügelte und trotzdem in der Praxis sich sicherlich teils auch als zu starr erweisende Abstandsvorgaben, Wegereglungen, Lüftungsvorgaben oder auch Maskenverpflichtungen, wenn am Mittag Schülerinnen und Schüler in großer Anzahl in immer noch gut gefüllten Bussen oder in Fahrgemeinschaften nach Hause gebracht werden? All diese Fragen trieben und treiben die in organisatorischer Verantwortung Stehenden um und auf viele dieser Fragen kann es bis heute keine befriedigende Antwort geben. Es bleibt – wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen auch – eben ein feines Austarieren von unterschiedlichen Bedürfnissen, Interessen und auch Notwendigkeiten. Die Alternativen erscheinen dabei allzu oft als Luftschlösser und manchmal gar erschreckender als Schulbetrieb unter Coronabedingungen.

Insbesondere auch die Bereiche „Digitalisierung von Schule und Unterricht“, „Umgang mit „vulnerablen“ Gruppen““ sowie der äußerst zeitaufwendige „Umgang mit Stornorechnungen für entfallene Klassen-, Austausch- oder Stu-

dienfahrten“ dominierten die Arbeit der Schulleitungen in den vergangenen Monaten.

Die technische Ausstattung der Schulen erfuhr dabei – nicht zuletzt durch den bereits vor Corona angelegten „Digitalpakt“ – vor allem aber durch die allenthalben sichtbar werdenden Bedarfe an einer guten Ausstattung von Schulen, Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern einen ersten ordentlichen Schub. Insbesondere die plötzlich angestiegene Bedeutung von Lernplattformen, Kommunikationsstrukturen wie Videokonferenzen oder aber auch die Anforderungen auf digitalen Wegen Rückmeldungen und Korrekturen zu vermitteln, beschleunigten die Entwicklungs- und Lernprozesse in diesen Bereichen mehr als dies im normalen Schulalltag zu erwarten gewesen wäre.

Dank der gleichsam „nachholenden Digitalisierungspolitik“ in Deutschlands Schulen bzw. im deutschen Bildungssystem besteht die Hoffnung, dass irgendwann, wenn die Pandemie hoffentlich längst überwunden sein wird, auch auf den Dörfern stabile Internetverbindungen Einzug gehalten haben, Schulen eine zeitgemäße, professionell administrierte Infrastruktur und Ausstattung haben und vielleicht sogar auch Lehrkräfte Endgeräte für ihre Arbeit haben werden.

Neues Ritual: Warten auf die Ministerbriefe

Zu einem Ritual in den andauernden Monaten der Coronakrise wurde das Warten auf die neu in die schulische Landschaft einziehenden Ministerbriefe aus Hannover. In den ersten Monaten vornehmlich freitags, oft am späten Nachmittag (inzwischen zumeist zu schulgerechteren Zeiten), erreichten uns - und damit dann auch die Kollegien und die Schüler- sowie Elternschaft - aktuelle Informationen, Erklärungen und Durchhalteappelle. Insgesamt erwies sich dieser Ansatz, die Kommunikation zu intensivieren, sicherlich als ein gutes Instrument, um die Schulen mitzunehmen, wenngleich man manche Entscheidung sicherlich gerne vorher mitbeeinflusst und aus der Praxis heraus erörtert hätte.

Nach der Phase des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 sowie der langsamen Rückkehr in den Präsenzunterricht im Wechselmodell, erschienen der Schuljahresbeginn und die ersten Monate an vielen Schulen des Landes fast schon wieder wie regulärer, weitgehend uneingeschränkter Unterricht. Doch dieses vermeidliche Licht am Ende des Tunnels erwies sich in der Rückschau eher als der sprichwörtlich entgegenkommende Zug. Auf die Ausweitung der Maskenpflicht auf den Unterricht folgte der „lockdown light“, auf diese Einschränkungen spätestens mit Beginn des Jahres 2021 die erneute Phase der weitgehenden Schulschließung. Insbesondere mit der Aussetzung der Präsenzpflicht vor den Weihnachtsferien schienen die Schulen endgültig den Status eines reinen Betreuungsangebots erreicht zu haben. „School on Demand“ – was man vom Musik- oder TV-Streaming bereits kannte, zog nun auch in die Schulen ein. Neben dem Unterricht von Gruppen in Präsenz, galt es nun auch noch, einige Schülerinnen oder Schüler je Lerngruppe zu Hause anzuleiten.

Wiederum waren die Schulleitungen gefordert mit den teils neuen, teils schon bekannten Vorgaben umzugehen und diese entsprechend zu kommunizieren. Konferenzen und Zeugnisausgaben im Angesicht hoher Inzidenzzahlen galt es zu organisieren, die erarbeiteten Pläne für den Monat Januar erneut anzupassen. Ein Virus schränkt die Planbarkeit ein, Fahren auf Sicht galt wieder als Mittel der Wahl.

Die letzten 10 oder 15 Kilometer eines Marathonlaufs sind bekanntermaßen die Schwierigsten und so kann man auch im System Schule spätestens jetzt deutliche Ermüdungserscheinungen verzeichnen. Die Nerven bei vielen Beteiligten, bei Eltern, Lehrkräften und den Schülerinnen und Schülern scheinen zunehmend blank zu liegen bzw. schwächer zu werden. Die seit nunmehr einem Jahr deutlich gestiegene Belastung fordert allmählich ihren Tribut und verlangt von allen ein hohes Maß an Achtsamkeit und Resilienz. Dennoch mag Hoffnung bestehen, dass mit dem nahenden Frühling, mit wärmeren Temperaturen und der einsetzenden Impfkampagne die größten Schrecken der Pandemie zum kommenden Schuljahr überwunden sein werden.

Was wird am Ende bleiben?

Nur zu vermuten ist, wie es um den Wissensstand und die Fertigkeiten der Schülerinnen und Schüler stehen wird. Insbesondere der Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen wird eine enorme Herausforderung werden, aber auch in den anderen Jahrgängen werden die Folgen der Schulschließungen lange nachwirken.

Deutlich geworden ist einmal mehr, wie notwendig eine adäquate Versorgung der Schulen ist. Nicht nur in Bereichen der technischen und sächlichen Ausstattung, insbesondere auch im Bereich der Unterrichtsversorgung sind deutliche Anstrengungen und Verbesserungen nötig. Dass 100 Prozent Versorgung weder in Krisen noch in Normalzeiten ausreicht, sollte spätestens jetzt allen Entscheidungsträgern deutlich geworden sein. Warum vor diesem Hintergrund nicht jedem erfolgreich fertig ausgebildeten Gymnasiallehrer eine Stelle an der von ihm bzw. ihr gewählten Schulform angeboten wird, bleibt ein Versäumnis und ein Vergeuden von Möglichkeiten.

Am Ende der aktuellen Krise wird ein umfassender Wiederaufbau von Schule nötig sein. Soziale Beziehungen und Strukturen werden sich neu sortieren, Gruppen wieder finden müssen.

Gerade die für die Gymnasien so wichtigen außerschulischen Angebote in Bereichen von Kunst, Kultur oder auch Sport werden vor großen Herausforderungen stehen. Wo der „normale“, irgendwann wieder Masken- und einschränkungsfreie Präsenzunterricht recht mühelos wieder aufgenommen werden kann, wird es für die Orchester, Chöre, Theatergruppen oder Sportmannschaften ein echter Neubeginn werden. Langjährige Austauschkontakte in die Länder Europas und der Welt werden einer Wiedererweckung bedürfen und vielleicht lassen sich auch einige positive Erfahrungen aus dem Krisenjahr in die Zeit einer schrittweise zurückkehrenden Schulnormalität hinüberretten.

Rückmeldungen an die Personalräte: Keine Masken, keine Luftfilter – dafür neue Abordnungen und wöchentlich neue Ministerbriefe

Stimmung an den Schulen droht zu kippen

Von Cord Wilhelm Kiel

Anfang des Jahres 2020. Ganz Deutschland leidet unter der Corona-Pandemie. Ganz Deutschland befindet sich im (so genannten) Lockdown. Ganz Deutschland? Nein einige kleine Bundesländer widersetzen sich standhaft den Beschlüssen und Vereinbarungen des Bundes, vor allem, wenn es um Kitas und Schulen geht. Diese sollten eigentlich konsequent geschlossen bleiben, aber unsere tapferen Landesfürsten und im Vergleich zu Virologen und Experten kenntnisreicheren Regionalpolitiker geben ihren eigenen Kurs nicht auf: Schule um jeden Preis, zumindest für Grundschulkinder und Abschlussklassen, lautet die Devise.

Diese Anspielung auf die wohlbekannten Asterix-Comics ist natürlich ironisch gemeint, allerdings entbehrt die Situation, die wir seit Beginn des zweiten „Lockdowns“ Anfang November erleben, leider auch realiter nicht einer gewissen Ironie. Denn während für praktisch alle Lebensbereiche strenge Einschränkungen, Abstandsregeln oder eben Schließungen oder Verbote gelten, wurden die Schulen seitens des Landes Niedersachsen bis kurz vor Weihnachten weitgehend offen gehalten – so, als ob das Coronavirus quasi per Verbot aus den Schulgebäuden „draußen bleiben“ würde. Aus Berlin kamen immer wieder neue Nachrichten, auch Aussagen der Kanzlerin, dass nun auch die Schulen geschlossen würden. In der Regel folgte einen Tag später aus einigen Bundesländern – und darunter immer und garantiert Niedersachsen – die Einschränkung bzw. Rücknahme der jeweiligen Lockdown-Maßnahmen. Erst wurde auf Inzidenzwerte, dann auf aktive Fälle an der Einzelschule Bezug genommen, dann wurde es Eltern freigestellt, ob sie ihre Kinder zur Schule schicken sollten oder nicht. Die Lehrkräfte mussten ihre Zeit trotzdem in der Schule absitzen, ob Schüler da waren oder nicht – was in letzterem Fall oft zu reichlich vollen Lehrerzimmern führte. Erst die „Bitte“ vieler Schulleitungen, die Kinder möglichst zu Hause zu lassen, führte überhaupt zu einer wirklichen Entspannung der Situation, die mancherorts zu eskalieren drohte.

Die Stufenpersonalräte des PhVN haben in den letzten Wochen zahlreiche Zuschriften der Schulpersonalräte, aber auch von einzelnen Kolleginnen und Kollegen bekommen. Einige besonders prägnante davon sind in den Kästen – quasi als „Unterstreichung“ dieses Artikels – gekürzt wiedergegeben...

Das Kollegium wünscht sich bessere Planbarkeit. Das gilt für den einzelnen Kollegen und seinen Unterricht (z. B. Anpassung der Aufgaben für das Lernen zu Hause) als auch für die Planungen der Schulleitung (z. B. Klausurenpläne). Die vom Bund angekündigten möglichen wöchentlichen Schnelltests für Lehrkräfte sollten auch stattfinden und nicht als eine bloße Ankündigung tatenlos verhallen. Sonst gewinnen wir als Lehrer den Eindruck, hier soll nur etwas vorgespielt werden. Die bürokratischen Hürden für den Wechsel in das Szenario B sollten deutlich niedriger sein, sodass dies unkomplizierter eingeführt werden kann. Manche Maßnahmen lassen den Eindruck entstehen, dass die Verpackung wichtiger ist als der Inhalt, d.h. dass die Bürokratie über die Menschen gestellt wird. Zudem ist die Situation mit dem ständigen Lüften und dem Stehen bzw. Sitzen in der Zugluft unzumutbar. Weder das Kollegium noch die Schulleitung verstehen, wieso hier nicht durch die Anschaffung von entsprechenden Lüftern Abhilfe geschaffen werden kann.

Neben den vollen Schulen war (und ist) die Problematik der weiterhin vielerorts nach ausgedünntem Fahrplan verkehrenden – und damit zum Teil übervollen – öffentlichen Verkehrsmittel nicht gelöst. Aber die Salamitaktik – immer häufiger hört man auch das Wort „Herumeierei“ – des Landes Niedersachsen in Sachen Präsenzunterricht oder Homeschooling geht seither unverändert weiter: Nach den Weihnachtsferien sollte bundesweit ein noch härterer Lockdown greifen. Einen Tag nach der Verkündung kam – kaum noch überraschend – wieder einmal die niedersächsische Eiervariante: Grundsätzlich bleiben die Schulen in Szenario C, aber die Grundschulen und die Abschlussklassen in Szenario B. Wenn genug Räume vorhanden seien, könnten die Abschlussklassen auch parallel, also gemeinsam unterrichtet werden, aber bitte in „streng“ getrennten Gruppen. Damit war die Salami aber noch nicht gegessen. Kurze Zeit später wurde es den Eltern wiederum freigestellt, ihre Kinder zur Schule zu schicken oder aus dem Präsenzunterricht herauszunehmen (die Präsenzpflicht wurde aufgehoben). Die Verantwortung wurde seitens des Landes anderen zugeschoben, diesmal den Eltern.

Weiterhin gestiegene Belastungen

Das Hin und Her der letzten Wochen bedeutete vor allem noch mehr Arbeit als zuvor für die Lehrkräfte, zudem ein Gefühl der Unsicherheit, teils des Ausgeliefertseins, sowie auch Resignation bei immer mehr Bediensteten, die feststellen, dass Fürsorge seitens des Dienstherrn angesichts weiter steigender Belastung, weiterhin unzureichender Schutzmaßnahmen und einer zunehmend gefährlicheren Bedrohungslage nur noch eine Worthülse zu sein scheint. Wobei es schwer ist, alle Kolleginnen und Kollegen unter einen Hut zu bekommen, denn während viele möglichst einen kompletten Lockdown, zumindest für eine überschaubare Zeit, haben wollen, möchten andere die Schulen am liebsten wieder für alle öffnen.

© Fokussiert – Adobe Stock

Ich habe es mir notiert: Seit dem 10. Januar arbeite ich am Wochenende täglich 9, 10 oder mehr Stunden. Am „Ferientag", dem Dienstag der Zeugnisferien, sitzen wir wieder als Klassenlehrer an den Wochenplänen, die wir aufbereiten und pünktlich zu Beginn des neuen Halbjahres einstellen müssen. Zuvor mussten wir die Zeugnisse digital aufbereiten und verschicken. Außerdem bekommen wir immer mehr Arbeitsanweisungen, die zum Wochenende oder bis in den späten Abend zu erledigen sind, obwohl das Wochenende bei „normal-berufstätigen Arbeitnehmern" frei ist. Das geht nicht mehr so weiter, die Krankheitszahlen steigen immer mehr. Kurz gesagt: Wir sitzen im Homeoffice und ersticken vor Arbeit!

Die Stimmung scheint nun zu kippen. Mit den immer höheren Infektionszahlen und bedrohlicheren Meldungen über neue Virusmutationen überwiegen nun zumindest in der Personalratsarbeit die Anfragen und Rückmeldungen, die mehr Schutz, mehr Fürsorge, oft auch weniger Belastungen – denn diese steigen mit immer mehr parallelem Präsenz- und Distanzunterricht und stetig neuen Plänen und Szenarien in bisher nie gekannte Ausmaße – fordern. Die Rückmeldungen und Anfragen, die viele Stufenpersonalräte in den letzten Wochen bekommen haben, zeichnen dabei ein sehr deutliches Bild. Im Folgenden seien nur einige Punkte davon überblicksartig wiedergegeben:

- De facto sind die Abschlussjahrgänge an allen Schulen, die genug Räume haben – und das sind in Zeiten des Szenario C praktisch alle Schulen –komplett anwesend. Die Gruppen werden in zwei Räumen parallel unterrichtet. Die Folge für die Lehrkräfte: doppelter Unterricht (= mehr Belastung), oder man überträgt die Stunde per Videokonferenz in den Parallelraum (= Verletzung des Datenschutzes).
- Zusätzlich befinden sich vom Präsenzunterricht befreite Schülerinnen und Schüler im Distanzunterricht. Folge: Noch einmal eine Erhöhung der Belastung, da Inhalte ein und derselben Lerngruppe unterrichtet und auch noch zusätzlich im Heimunterricht zur Verfügung gestellt werden, erklärt und ggf. korrigiert und rückgemeldet werden müssen. Oder aber – bei der Variante der „Live-Übertragung" des Unterrichts ins heimische Zimmer der Schüler – erst recht Aufhebung der DSGVO, weil keiner sehen bzw. garantieren kann, dass zu Hause nicht andere mitschauen, zuhören oder sogar Aufzeichnungen des digitalen Lehrers erstellt werden.
- Auch wenn die Gruppen A und B streng geteilt sein sollen – es müsste doch jedem klar sein, dass so etwas nur in der Theorie funktioniert. Selbstverständlich sitzen die Schülerinnen und Schüler in den Pausen – gerade mittags, beim Essen – zusammen! Zu glauben, hier würden Mindestabstände und Maskenpflicht konsequent eingehalten, zeigt die Lebensferne mancher Politiker von den Angewohnheiten und Jugendlicher.
- Weiterhin fehlen Masken – nach 11 Monaten (!) Pandemie! Das hat inzwischen dazu geführt, dass einige Schulen selbst FFP2-Masken aus ihrem eigenen Budget angeschafft haben. Eine Unglaublichkeit, die einem die Zornesröte ins Gesicht treibt, denn hier geht es um „Kleckerbeträge", während Milliarden für Großunternehmen wie die Lufthansa oder TUI geflossen sind.
- Weitere, inzwischen vom Großteil der Wissenschaft als wirksam bezeichnete Schutzmaßnahmen wie Plexiglas-Trennscheiben zwischen Lehrern und Schülern oder Luftfilteranlagen gibt es in praktisch keinem Klassenzimmer. Das Konzept der Landesregierung heißt weiterhin: Lüften, Lüften und lüften.
- Äußerungen von Kündigungen, Burn-Out, Überlastungsanzeigen und beruflicher Unzufriedenheit nehmen in besorgniserregendem Maße zu. Gründe sind vor allem die abermalig gestiegenen Arbeitsbelastungen durch die Umstände der Pandemie.

Mit Schnellschüssen und unklaren Verordnungen kann es so nicht weitergehen. Die Aussetzung des Präsenzunterrichts bei

völliger Entscheidungsfreiheit von Eltern und Schülern hat in dieser Woche zu einem Wirrwarr und Chaos in den Schulen geführt, der einen einigermaßen geregelten Unterrichtsbetrieb unmöglich macht. Die Kontaktbeschränkungen wirken so nicht, Appelle an die Vernunft reichen nicht aus. Wir brauchen klare Regelungen, wir brauchen einheitliche Regelungen und wir brauchen Planungssicherheit. Wir brauchen keine Entscheidungen, die kaum verständlich sind und weite Interpretationsspielräume eröffnen. So ist das Virus nicht auszubremsen!

SBPR-Tagungen in Präsenz – Problem

Im Rahmen der SARS-Covid-2-Pandemie wird seit März 2020 in den Regionalabteilungen der NLSchB bzw. dem RLSB in unterschiedlichem Umfang, aber zunehmendem Maße, mobil gearbeitet. Der Anteil der mobilen Arbeit in der Behörde hängt vom Verlauf der Pandemie (Infektionszahlen) sowie der Eignung des jeweiligen Arbeitsplatzes zum mobilen Arbeiten ab. Ferner sind seit dem Herbst 2020 die Behörden-Arbeitsplätze mit Laptop sowie einem gerätebasierten VPN-Zertifikat ausgestattet, was weitergehende Möglichkeiten zum mobilen Arbeiten eröffnet.

Die Digitalisierung hat indes in weite Teile der Behörden noch keinen wirklichen Einzug gefunden. So arbeiten die Schulbezirkspersonalräte weiterhin mit Papiermengen, bei denen es mitunter für identische Personalvorgänge bis zu fünf unterschiedliche Formularvorlagen gibt. All dies ließe sich auch in digitale Vorgänge transferieren – aber es werden weiterhin Papieranfragen verschickt, die mitunter erst nach Wochen von den Schulpersonalräten beantwortet zurückkommen. Dies bedeutet, dass die Stufenpersonalräte weiterhin in Präsenz tagen (müssen) – denn die Vorgänge müssen zur Bearbeitung vorliegen, außerdem sind urschriftliche Signaturen rechtlich erforderlich. Ein weiteres Problem stellt die Geheimhaltung dar; bei der Behandlung personensensibler Daten ist diese zwingend einzuhalten.

Der Schulhauptpersonalrat hingegen tagt seit längerem schon überwiegend per Videokonferenz, eine in Pandemiezeiten sicherere und auch effizientere Vorgehensweise: Alle Beschlussvorlagen liegen digital vor und werden den SHPR-Mitgliedern vor der Sitzung zugeschickt, damit diese sich inhaltlich vorbereiten können. Die Abstimmung erfolgt dann allerdings per Abfrage. Dies wäre bei Tagungen der Bezirkspersonalräte, bei denen in der Regel eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen zur Beschlussfassung vorliegt, nicht möglich. Aber wenn Parteitage und andere Tagungen Beschlüsse, ja sogar Wahlen per Onlinekonferenz stattfinden lassen können, muss es auch hier neue Wege geben können, zumal das NPersVG seit der Novellierung des letzten Jahres diese auch eindeutig ermöglicht.

Das Hin- und Her vor den Weihnachtsferien war nervig und die Kurzfristigkeit hat die Kollegen frustriert (Arbeiten schreiben, nicht mehr schreiben, doch schreiben aber nicht mit allen...). Vertretung und Präsenzunterricht vor Klassen mit 2 bis 20 Schülern machte ein sinnvolles Unterrichten unmöglich. Die Doppelbelastung mit Digital- und Präsenzunterricht für eine Klasse war sehr heftig.

Zeugniskonferenzen als Großveranstaltung?

Ähnlich sieht es bei den kürzlich stattgefundenen Halbjahres-Zeugniskonferenzen aus. Hier wurde doch, so ergaben es die Rückmeldungen aus den einzelnen Schulen, sehr unterschiedlich verfahren. Einige tagten komplett in Präsenz – in der Regel die kleineren Grundschulen, aber auch große Systeme wie Gymnasien. Andere konferierten als Hybrid, andere fast komplett online, wobei in der Regel die Schulleitung in der Schule anwesend war und von dort aus die Online-Konferenzen koordinierte.

Problem war auch hier: Es gab keine klare Reglung seitens des Landes. Den Schulleitungen wurde quasi anheimgestellt, ob sie in Präsenz oder Distanz konferieren wollten. Auch hier also: ein Wegschieben der Verantwortung nach

unten, um bloß keine eigene Entscheidung zu fällen. Rückfragen einiger Schulleiter ergaben, dass möglichst in Präsenz getagt werden sollte, aber auch in Hybrid- oder Onlineformaten getagt werden könne. Was sollen Schulleiter mit solchen Wischiwaschi-„Regelungen“ anfangen? Zumal bei den Online- und Hybridformaten die Geheimhaltung und auch die Rechtmäßigkeit – vereinzelt wurde nur einem Schüler- und Elternvertreter die Teilnahme an der Konferenz ermöglicht – strittig und schwierig war.

Die Folge: es wurde mehr in Präsenz getagt als dies erforderlich gewesen wäre. In einigen Schulen gab es somit Begegnungen von hundert Menschen und mehr. Zwar musste bei den Konferenzen selbst auf Abstände und Lüftung geachtet werden. Aber jeder, der Zeugniskonferenzen an großen Schulen kennt, weiß, was für ein Kommen und Gehen dabei herrscht, wie viel Unruhe, Bewegung und auch Begegnung auf engerem Raum allein bei den ständig erforderlichen Wechseln vorhanden ist. Zudem verbrachten die Lehrkräfte die Pausen zwischen Konferenzen weitgehend im Lehrerzimmer – wo sollen sie auch sonst hin, gerade wenn andere Räume nachmittags und abends nicht mehr beheizt werden –, was partiell zu erheblichen Menschenansammlungen führte. Was aber steht in der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung (Corona-ArbSchV) des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales v. 21.01.2021 (BAnz AT 22.01.2020 V1, S. 1) in Schulen in öffentlicher Trägerschaft und in freier Trägerschaft? Zusammenkünfte mehrerer Personen sind auf das notwendige Minimum zu reduzieren und nach Möglichkeit durch die Verwendung von Informationstechnologie zu ersetzen. Das betrifft Zusammenkünfte u.a. im Lehrerzimmer, bei Dienstbesprechungen und in schulischen Gremien. [...] Insbesondere in Lehrerzimmern sind daher Zusammenkünfte von mehr als 10 Personen möglichst zu vermeiden.

Zeugniskonferenzen in Präsenz führen solche Vorgaben ad absurdum! Bei einer Schule zumindest, so wurde uns berichtet, erschien die Polizei, weil jemand aus der Nachbarschaft eine „Großveranstaltung“ gemeldet hatte – das passt ins Bild.

Wir haben mindestens zwei bestätigte Coronafälle (ein Schüler und einen Lehrer). Ein Viertel des Kollegiums ist in Quarantäne bzw. anderweitig erkrankt. Jahrgang 9-13 ist komplett zu Hause im Distanzlernen und für Jg. 5-8 gilt heute und morgen Wechselunterricht. Ab Mittwoch war nur noch eine Notbetreuung geplant, diese dürfen wir jedoch jetzt nicht einrichten, sondern sollen das Wechselmodell weitermachen. Wir als Schulpersonalrat und die Schulleitung halten dieses Vorgehen für unverantwortlich, da noch nicht abzusehen ist, ob sich weitere Personen, und wenn ja, wie viele sich angesteckt haben. Zudem wurde vom Bund deutlich die Reduktion der Kontakte angemahnt. Gleichzeitig sagt unsere Landesregierung aber, dass die Schulen offen bleiben und schiebt die Verantwortung, die Kinder zu Hause zu lassen, den Eltern zu. Wir fordern, dass unser Arbeitgeber seiner Fürsorgepflicht nachkommt! Unser Kollegium ist sehr besorgt und kann nicht verstehen, wieso nicht endlich verantwortungsbewusst gehandelt wird. Zudem finden wir es auch unverantwortlich, dass wir nach einem Coronafall im Kollegium nicht alle getestet werden, sondern ein Großteil einfach weiter unterrichten soll.

Abordnungen: Zahl geringer, aber nicht marginal

Immerhin gibt es aber auch einige positive Aspekte aus der Personalratsarbeit zu berichten. So wurde die Zahl der Abordnungen in den meisten Regionalen Landesämtern deutlich reduziert, vereinzelt nahezu heruntergefahren. Damit wurde einer Forderung des Philologenverbands nach Aussetzung jeglicher Abordnungen in Pandemiezeiten (vgl. Gymnasium in Niedersachsen 3-2020) im Grundsatz entsprochen. Zumindest in einem RLSB gibt es jedoch weiterhin zahlreiche Abordnungen – zwar auch vom Gesamtumfang her geringer, aber nicht als marginal zu bezeichnen.

In Coronazeiten und angesichts permanenter Aufforderungen nach möglichst wenigen Kontakten ist und bleibt jede Abordnung ein Aberwitz. Und es zeigt sich hier – wieder einmal – dass unsere Kolleginnen und Kollegen anderer Lehrerverbände, wenn es um Abordnungen geht, eher die Unterrichtsversorgung der Schulen als das Wohl der Lehrkräfte im Blick haben. Abordnungen müssten weiterhin sein, um die Lücken in der Unterrichtsversorgung auszugleichen, heißt es auf Rückfrage. Corona hin oder her, denn viele Kontakte gebe es ja auch im Regelunterricht in der Stammschule. Dies ist zweifellos richtig, aber ein Wechsel nicht nur von Lerngruppe zu Lerngruppe, sondern zudem auch noch von Schule zu Schule erscheint zumindest mir als völlig falsches Signal in dieser Zeit. Die Ablehnungsbegründung von betroffenen Kolleginnen und Kollegen bestätigen die Ablehnung jeglicher Abordnungen unseres Verbands in dieser Zeit.

Vor einigen Jahren wurde in unserer Schule festgestellt, dass eine Brandschutztür nicht der DIN-Norm entsprach. Die Folge war, dass der dahinterliegende Trakt sofort für den Unterricht gesperrt wurde, bis eine neue Tür eingesetzt war. Diese Episode erwähne ich, um zu zeigen, wie sich der Stellenwert der Sicherheit in Zeiten der Corona-Pandemie gewandelt hat. In der Schulpolitik ist sie zu einem nachrangigen Aspekt geworden. Nach dem Anstieg der Infektionszahlen im Herbst fühlten sich viele Lehrkräfte schlicht verheizt, und auch drei von mir befragte höhere Klassen befürworteten einstimmig, dass sie sich in den beengten Verhältnissen schlicht nicht sicher fühlen. Beunruhigend war, mit welchen Argumenten die Kultuspolitiker am Vollunterricht festhalten wollten. So sagte Minister Tonne in der HAZ (4.12.), dass „über 80 Prozent der Schulen in Niedersachsen unbeeinträchtigt sind vom Coronavirus“. Es scheint ihn also nicht zu beunruhigen, dass fast 20 Prozent „beeinträchtigt“ sind. Was würde man von jemandem halten, der meint, Schulen bräuchten keinen Brandschutz, weil 80 Prozent der Schulen noch nie von Bränden betroffen waren? Während Restaurants, Sportstätten und Theater schon geschlossen waren, sollten Schulen nicht „ohne Not“ (Tonne) in Szenario B wechseln. Dabei hatten jene viel Geld in Hygiene- und Lüftungskonzepte investiert, während die Schulen sich mit guten Ratschlägen zum Lüften begnügen und noch bis kurz vor Weihnachten Vollunterricht auf engem Raum anbieten mussten.

Erleichterung der Beurlaubung zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger

Eine weitere positive Nachricht zum Schluss: Es gibt eine Erleichterung der Beurlaubung zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger. Beamtinnen und Beamte, sowie Richterinnen und Richter, die vor der wichtigen Aufgabe stehen, pflegebedürftige Angehörige über einen längeren Zeitraum zu betreuen, mussten oft abwägen, ob sie sich dies auch finanziell leisten können. Denn eine Beurlaubung über einen längeren Zeitraum wurde bisher nur ohne Weitergewährung der Bezüge genehmigt. Dies hat die Niedersächsische Landesregierung nun vereinfacht.

Mit der „Niedersächsischen Verordnung über den Vorschuss auf Dienstbezüge bei Urlaub zur Betreuung, Pflege oder Begleitung“ (NPVorVo) können Betroffene einen Vorschuss ihrer Dienstbezüge gewährt bekommen. Dieser Vorschuss ist zinslos und wird in der Regel im Anschluss an den Urlaub zurückgezahlt. Diese Rückzahlung wird mit den regelmäßigen Bezügen verrechnet und somit in gleichbleibenden Monatsbeträgen zurückgezahlt. Mit dieser Verordnung leistet die Landesregierung in Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und folgt auch den dringlichen Empfehlungen der Verbände, in dieser Richtung etwas zu tun. Also zumindest einige Lichtblicke in schwerer Zeit – und die allermeisten Lehrkräfte gehen weiterhin mit großer Motivation und Begeisterung ihrem Beruf nach.

Getreu dem Motto „Wir schaffen das“ leisten momentan viele Kolleginnen und Kollegen weit über die Dienstpflicht hinausgehend Arbeit im Sinne ihrer Schülerinnen und Schüler, finden neue Wege, entwickeln kreative Aufgaben- und Unterrichtsformate. Es muss aber auch erlaubt sein, vom Dienstherrn mehr als immer nur „warme Worte des Dankes“ zu bekommen: Wir brauchen wirklichen Schutz vor der Pandemie, verlässliche Strategien für den Weg aus dem Lockdown, eine wirkliche Digitalisierung, die auch diesen Namen verdient, sowie langfristige Perspektiven zur Entlastung und Gesunderhaltung der Lehrkräfte. Das heißt: Wir brauchen Fürsorge, die nicht nur eine Worthülse ist.

Die Präsenz des Jahrgangs 13 sehe ich zwiespältig: Als Lehrkraft bin ich froh, wenn ich den Stoff noch möglichst weit schaffe und keine dezentralen Aufgaben stellen muss. Aber als Bürgerin schlage ich die Hände über dem Kopf zusammen. Was ist das für ein Signal (mal wieder)? Man darf sich privat nur mit einer haushaltsfremden Person treffen und in der Schule sind 120?? Da muss man sich nicht wundern, wenn die Glaubwürdigkeit auf der Strecke bleibt. Unsere Schule ist zudem super ausgestattet. Wir könnten locker alle per Video zuschalten, ohne dass der Server zusammenbricht. Die Schüler schaffen es auch nicht, in den Pausen und vor und nach dem Unterricht Abstand zu halten... Der Schaden kann noch viel größer werden, wenn die mutierte, noch ansteckendere Variante mehr um sich greift. Ich befürchte, so werden wir vor dem Sommer nicht von den hohen Zahlen runterkommen, wenn es nicht noch zu einem ganz strikten Lockdown kommen muss, weil nichts mehr kontrollierbar ist.

© Strassner Fotografie – Adobe Stock

Wahlbeteiligung deutlich gesunken

Eine Personalratswahl wie keine andere

Von Marta Kuras-Lupp

Die am 27. und 28. Januar durchgeführte Neuwahl des Schulbezirkspersonalrates Osnabrück stellte ein Novum für alle Beteiligten dar. Neben den durch Corona vorhandenen Einschränkungen waren auch diesmal viele rechtliche „Neuerungen“ zu beachten, welche zwar im Gesetz längst verankert waren, in der Praxis jedoch wenig bis gar nicht beachtet wurden. Die erfolgreiche Wahlanfechtung der Schulbezirkspersonalratswahl im März 2020 durch den Philologenverband und den VLWN hat viele Missstände bei der Durchführung der Wahl zu Tage treten lassen, die sich nicht wiederholen sollten.

Erstmals setzte sich daher der Schulbezirkswahlvorstand nicht mehr nur aus Mitgliedern einer Gewerkschaft, namentlich der GEW, sondern gemischt aus Philologenverband, BLVN und GEW zusammen. Ein Konstrukt, was funktionierte – ein gesundes Konstrukt, was Schule machen sollte. Mit hohem Engagement haben die Mitglieder des Schulbezirkswahlvorstandes innerhalb einer Rekordzeit von drei Monaten eine Neuwahl auf die Beine gestellt.

Trotz geringerer Wahlbeteiligung hohe Prozente für den PHVN an den Gymnasien

Die Wahlbeteiligung lag bei allen Schulen bei ca. 55%, an den Gymnasien lag diese durchschnittlich bei knapp 51% darunter. Im Vergleich zur ursprünglichen Wahl 2020 beteiligten sich rund 20 Prozent weniger Lehrkräfte an der Neuwahl – ein deutlicher Wählerschwund, mit dem alle Gewerkschaften und Verbände konfrontiert waren. Für die einzelnen Gymnasien lag die Wahlbeteiligung zwischen extrem niedrigen 26,15% bis 100% (in kleineren Systemen). Die Unterstützung, die der PHVN dabei erhalten hat, liegt bei durchschnittlich knapp 72% der abgegebenen Stimmen, viele Spitzenwerte lagen bei 80 bis 100% der abgegebenen Stimmen.

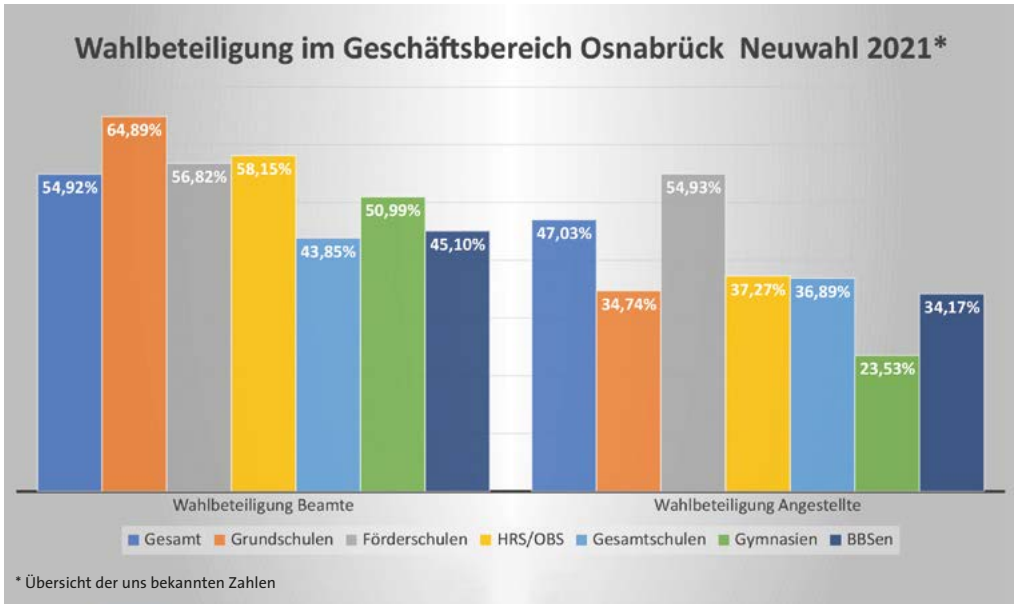
Bedeutung der Schulbezirkspersonalratsarbeit

Erstmals erfolgte eine isolierte Wahl der Stufenpersonalvertretung, ohne dass auch der Schulpersonalrat parallel gewählt wurde. Glücklicherweise fehlt bei vielen Kolleginnen und Kollegen die Notwendigkeit, diese Ebene der Personalratsvertretung in Anspruch nehmen zu müssen. Gleichzeitig ist jedoch die Arbeit auf dieser Ebene absolut unerlässlich und muss in den Kollegien bewusst wahrgenommen werden.

So darf nicht verkannt werden, welche wesentliche und grundsätzliche Bedeutung die Arbeit der Schulbezirkspersonalräte z.B. in Fragen der Abordnungen, Versetzungen, BEM-Verfahren, bei Konfliktbewältigung mit Vorgesetzten und der Beratung der Schulpersonalräte hat. Daher war auch diese – hoffentlich einmalige – isolierte Wahl wichtig.

Dass die Arbeit unserer aktuellen Schulbezirkspersonalräte Christiane Schenk-Tillmann, Sabrina Heidrich und Rüdiger Pretzlaff sowie unserer bisherigen Personalräte anerkannt und geschätzt wird, zeigen insbesondere auch die Ergebnisse an den persönlichen Stammschulen unserer Schulbezirkspersonalräte. So haben wir z.B. am Gymnasium Damme, an dem unsere ehemalige engagierte und fachlich hervorragende SBPRlerin Clarissa Conrad tätig ist, ein herausragendes Ergebnis mit über 98% der abgegebenen Stimmen für den PHVN erzielen können.

Danke Clarissa, für deinen bisherigen Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen – es ist noch lange nicht Schluss!



Danke!

Wir sind stolz, dass unsere Vertreterinnen und Vertreter des Philologenverbandes auch zukünftig eine ausgewogene und starke Interessensvertretung auf der Regionalebene sicherstellen können. Wir danken Ihnen für die Unterstützung und werden voller Kraft an die Arbeit gehen. Wir haben einen klaren Kompass für die Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen Ihnen zur Seite. Wir sichern Ihre Rechte!

Auch in Krisenzeiten ist die Meinung des PHVN gefragt!

Im Folgenden lesen Sie das Transcript eines Kurz-Interviews des Radio NDR 1 Niedersachsen (Studio Braunschweig) vom 25.11.20 mit GV-Mitglied und Schulhauptpersonalrätin Astrid Thielecke als Leiterin der Arbeitsgruppe Digitalisierung. Anlass waren die vorgezogenen Weihnachtsferien und inwieweit der Philologenverband dieses Vorgehen des Kultusministeriums für sinnvoll hält.

NDR 1: Was hält der Philologenverband vom Wechselunterricht? Ist der sinnvoll, praktikabel?

Astrid Thielecke: Uns stört zunächst, dass es in Niedersachsen wenig klare Regeln gibt. Eine Umsetzung der Empfehlungen des RKIs wären wünschenswerter. Bei einer Koppelung an die Inzidenzwerte (50 pro 100 000 Einwohner in sieben Tagen) wäre der Wechselunterricht, das Szenario B viel häufiger anzuordnen gewesen. Die meisten Schulen sind nach dem „Probedurchgang“ vor den Sommerferien auch viel besser aufgestellt als am Anfang.

Der Aufwand für die Lehrkräfte für diese Form von Unterricht ist sehr hoch. Bei gut ausgestatteten Schulen (so auch am Eichsfeld-Gymnasium in Duderstadt) muss man als Unterrichtender schon sehr „multitasking“ arbeiten: die eine Hälfte der Lerngruppe sitzt vor einem, die andere ist per Video von zu Hause zugeschaltet. Da ist es nicht einfach, alles im Blick zu haben.

Problematisch sind immer noch die z.T. schlechten Internetverbindungen (vor allem auf manchen Dörfern) und fehlende Leihgeräte für bedürftige Schülerinnen und Schüler. Die Dienstgeräte für die Lehrkräfte sind noch nicht in Sicht, so dass man auf private Endgeräte angewiesen ist. – Mit allen dabei existierenden Datenschutzproblemen.

Insgesamt ist uns der Hybridunterricht bei Szenario B allemal lieber als Szenario C. Bereits im Sommer ist deutlich geworden, dass Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien bei reinem Distanzunterricht noch größere Nachteile haben als im „normalen“ Unterricht.

NDR 1: Wie ist die Stimmungslage in den Kollegien in diesen Corona-Zeiten?

Die Lehrkräfte wünschen sich möglichst Präsenzunterricht, uns haben die Schülerinnen und Schüler beim ersten Lockdown gefehlt. Aber aus Sicht des PHVN kommt der Dienstherr seiner Fürsorgepflicht nicht in ausreichendem Maß nach. Angefangen bei fehlenden „Dienst-Masken“, weiter über Vorgaben zum Lüften und Abstandhalten, die vielleicht eingehalten werden können, wenn der Unterrichtsraum zu öffnende Fenster hat und groß genug ist. Die Abstände können jedoch in Treppenhäusern, Fluren und in den Bussen nicht eingehalten werden. Das führt je nach

regionaler Inzidenz zu einem unguten Gefühl bis Panik bei den Lehrkräften.

Zur Verunsicherung trägt auch bei, dass (zumindest manche) Gesundheitsämter die Pflicht der Kontaktnachverfolgung bei Infizierten an die Schulen übertragen. Und dann wurde im Infektionsfall auch noch vom Kohortenprinzip, bei dem bei einem Krankheitsfall die ganze Lerngruppe zu Hause bleiben muss, umgestellt auf Quarantäne nur für die direkten vier Nachbarn...

Weiter finden wir es als Personalräte auch unverständlich, dass sich Schülerinnen und Schüler mit vulnerablen Angehörigen für das Homeschooling entscheiden dürfen, aber Lehrkräfte mit solchen zu schützenden Familienmitgliedern keinen weiteren Schutz erfahren.

Uns ist klar, dass wir als Beamte einen Sonderstatus haben und dass wir unseren Beitrag leisten wollen und werden. Wir wünschen uns jedoch, dass unser Dienstherr seine Fürsorgepflicht ernster nimmt.

Über den Tellerrand geschaut – Interview mit Autorin und Reisefotografin Sarah Fischer

„Ich sehe die Corona-Situation auch als Chance“

Von Cord Wilhelm Kiel

Der Blick „über den Tellerrand“ ist für Lehrkräfte immer wieder interessant und auch wichtig. Denn neben der immer bedeutender in den Lehrplänen verankerten Berufsorientierung ist gerade eine Zeit wie diese, die von Pandemie, Belastungen, ja auch Ängsten geprägt ist, Anlass, auch einmal über das System Schule hinauszuschauen und zu fragen, wie es Menschen aus anderen Berufsgruppen so geht. Ich habe mich aus diesem Anlass entschlossen, einmal wieder mit meiner in München lebenden Bekannten Sarah Fischer zu sprechen, die als Selbstständige „über Monate hinweg von der Hand in den Mund“ leben muss(te).

Kennen gelernt habe ich die heute 48jährige bei einem Bericht über eine ihrer Vortragsveranstaltungen, den ich für die lokale Presse verfassen sollte. Nach ihrem Vortrag sprachen wir miteinander, dabei stellte ich fest, dass Sarah Fischer ganz viele Dinge parallel betreibt, in zahllosen Jobs Erfahrungen gesammelt und auf ihren Reisen durch über 180 Länder bereits mehr erlebt hat, als auch nur annähernd auf den 280 Seiten ihres Buches „Heimatroulette“ zu beschreiben war. Seit einiger Zeit tritt sie auch in Schulen auf und bietet dort Seminare zur Mongolei an. Bei einem Telefongespräch vor einigen Wochen – Anlass war ein Geburtstag (wir sind beide Schützen...) – habe ich dann erfahren, wie eine Krise wie Corona eine Freiberuflerin wie Sarah trifft. Grund genug, darüber einmal in Form eines Interviews zu berichten.

Sarah, Du bist unseren Lesern durch die Rezensionen deiner Bücher vielleicht schon ein Begriff. Dennoch werden Dich nicht alle kennen. Kannst du Dich unseren Leserinnen und Lesern einmal kurz vorstellen?

Klar, ich arbeite als Reisejournalistin mit dem Fokus auf der Mongolei. Ich schreibe für Magazine, fotografiere für Kataloge, drehe für TV-Sender oder Produktionsfirmen in Deutschland und im Ausland und versorge Reisebüros bzw. Reiseveranstalter mit Bildmaterial und Text für den Abverkauf ihrer Reisen. Außerdem gebe ich Workshops in Schulen und Bibliotheken über das Thema Mongolei.

Ab dem 15. Februar werde ich als freie Redakteurin für komoot arbeiten. Das ist ein Routenplaner, eine Navigations-App bzw. ein Tourenverzeichnis für Outdoor-Aktivitäten für Radfahrer, Wanderer, Mountainbiker und Rennradfahrer. Deren Partner sind Tourismusvereine, wie Schweiz Tourismus, Südtirol Marketing, aber auch Lufthansa, Garmin und Samsung.

Bekannt geworden bist Du durch das Buch „Heimatroulette“, das in Kürze als Hörbuch neu erscheinen wird. Kannst du kurz zusammenfassen, was hinter diesem Buch und seinem Titel steht?

In meinem Buch geht es um meine eigene Geschichte. Ich bin direkt nach der Geburt in Deutschland zur Adoption freigegeben worden, und da die Passkopie meiner leiblichen Mutter verloren gegangen ist, wusste ich bis vor ein paar Jahren nicht, woher aus Asien ich stamme. Nachdem ich in Deutschland erfolglos nach ihrer Herkunft gesucht habe, bin ich durch alle asiatischen Länder gereist, in der Hoffnung einen Hinweis darauf zu finden, woher ich kommen könnte. Schlussendlich habe ich mich in der Mongolei zu Hause gefühlt, der DNA-Test vor zehn Jahren hat mir dann aber eine philippinische Herkunft bescheinigt. Was nicht mehr in „Heimatroulette“ vorkommt, ist, dass ich die ehemals beste Freundin meiner leiblichen Mutter vor zwei Jahren durch die TV-Sendung „Lebenslinien“ – es gab eine ganze 45minütige Folge über mich und meine Suche – finden konnte und sie mir das erste Mal Fotos von meiner leiblichen Mutter zeigen konnte. Auch konnte sie mir vieles erzählen, z.B. dass meine Mutter 1998 in den USA verstorben ist.

Kannst Du noch etwas mehr zu Deiner leiblichen Mutter, die Du ja nun gefunden hast, sagen? Und hast Du auch etwas über Deinen Vater in Erfahrung bringen können?

Sie war Filipina, ist etwa fünf Jahre nach meiner Geburt in die USA ausgewandert und hat als Krankenschwester in Trossingen und New Jersey gearbeitet. Sie ist (wie ich!) auch sehr gerne gereist; sie hat ihre ehemals beste Freundin, die mich in der Sendung Lebenslinien entdeckte, auf einer Reise in Israel (1972) kennen gelernt, ist (wie ich...) Ski gefahren und hatte einen VW Bus, mit dem sie Europa bereist hat. Über meinen Vater weiß ich nichts, deswegen ist es ja so schade, dass meine Mutter schon tot ist – ich habe meine Mutter ja gesucht, um zu wissen, wer ich bin und wo ich herkomme, gar nicht primär, um sie zu treffen. Er muss Asiate gewesen sein, ich bin ja kein Mischlingskind – aber ob Japaner, Chinese, Mongole, Thai, Kambodschaner, Indonesier... das weiß eben keiner.

Ich bin offensichtlich das „Ergebnis“ eines One Night Stands. Und ich werde wohl auch nie erfahren, wer er war und wo ich gezeugt wurde. Mir hat einmal eine Gruppe von Filipinas auf einer Fähre gesagt, ich würde aussehen wie jemand, der aus einer wohlhabenden chinesischen Familie kommt –

vielleicht war ich nicht standesgemäß oder es durfte in der Familie meines Vaters niemand von meiner Existenz wissen? Aber das sind alles nur Vermutungen. Während meiner Reisen bin ich in so vielen Gebieten als Einheimische angesehen worden – als Eskimo, als Mongolin, sogar als Indigena in Südamerika und noch viel mehr – dass eben diese Frage nach meiner genauen Herkunft mich mein ganzes Leben lang immer wieder beschäftigt hat.

„Heimatroulette" beschreibt für mich nicht nur die Suche nach der Mutter bzw. nach der eigenen Identität, sondern auch nach Deiner Bestimmung im Leben. Du hast in den unterschiedlichsten Berufen gearbeitet bzw. Jobs an verschiedenen Orten ausgeübt. Kannst du einige nennen?

Oh je, das waren soooo viele. Ich nenne mal einige: am Empfang einer dermatologischen Praxis, als Stadtführerin auf einem Segway, kleinere Filmrollen in der Werbung, Tatort, Soaps. Fotografin für Gewerbeimmobilien. Geologisches Landesamt, Bäckerei, Reiseführerin, Prosecco-Getränkestand auf Straßenfest, als Maskottchen herumgelaufen, Babysitterin, Arzthelferin kurz vor meiner Selbständigkeit – ohne wirkliche medizinische Kenntnisse übrigens, selbst im OP! Als Schülerin war ich u.a. Au Pair und Kellnerin in Australien, später Loaderin (also Kameraassistentin bei Werbefilmdrehs) in Kapstadt, Erntehelferin bei Äpfel- Kirschen und Erdbeerernte in Kent und in Colorado Springs, Aerobictrainerin in London, surfen in Los Angeles – auf meinen Reisen habe ich immer mal wieder gejobbt, so auch in einer Fischfabrik, auf einem Fischkutter und einem Obdachlosenasyl in Alaska, als Fitnesstrainerin usw. Als ich studiert habe, war ich u.a. DHL-Kurier, habe auf dem Bau gejobbt und war Hostess bei Messen und großen Events – zum Beispiel beim Hahnenkammrennen und bei der Hochzeit von Franz Beckenbauer in Kitzbühel.

Außerdem bin ich als Begleiterin und Fotografin einer Motorradtour von Berlin nach Ulan Bator 10.000 Kilometer über Land in die Mongolei gefahren, wir haben dabei auch Beiträge für das DSF [Deutsches Sportfernsehen, das heutige Sport 1, Anm. der Redaktion] gedreht. Am Ende der Tour musste ich selbst eines der Motorräder offroad fahren, da ein Expeditionsteilnehmer einen Unfall hatte und nicht mehr Motorrad fahren konnte. In der Mongolei haben wir dann noch einen Beitrag für das DSF gedreht, wie ich eine Ural, ein russisches Motorrad mit Beiwagen, kaufe und zu fahren lerne. Auch habe ich mal Autos von Deutschland nach Westafrika überführt und war Teil einer Crew zur Überführung einer Segelyacht von Elba nach Sri Lanka. Aber es gab noch viel mehr, auch während meiner Selbstständigkeit, nebenbei. Damals war ich ein „Tutti-Frutti-Laden" (lacht)...

Das führt mich nun zum Kern unseres Austausches. Corona hat gerade für Selbstständige wie Dich massive Probleme hervorgerufen, überhaupt Deinen Beruf weiter auszuüben. Wie beurteilst Du die Situation für Freiberufler bzw. Selbstständige?

Die Situation ist schwierig, wie aber eigentlich immer. Ich sehe an vielen Kollegen, wie sie durchs Raster fallen, will sagen, die Soforthilfen greifen nicht bei jedem. Und vor allem wir, die reisen müssen, um zu arbeiten, orientieren uns jetzt eben um auf regionale Projekte.

Wie kommst Du seit Beginn der Pandemie finanziell über die Runden?

Ich arbeite seit Ende Mai in einer Methadonausgabestelle für ehemalige Heroinsüchtige. Zum Glück habe ich schon immer niedrige Fixkosten und habe noch zwei Kunden, für die ich immer noch arbeiten kann. Es ist aber trotz allem sehr schwierig: ich habe fast alle Jobs und Kunden verloren. Mein Verlag Reise Know-How hat die Neuauflage meines Reiseführers über die Mongolei im Februar 2020 nicht gedruckt, ergo keine Verkäufe. Die Grenzen sind zu, Menschen können nicht reisen, ich konnte kein Bildmaterial für meine Agentur Kochan & Partner (Reisebürokataloge) und kein Bildmaterial und Texte für meinen Kunden BEST-Reisen (das ist eine Kooperation für 600 Reisebüros und Veranstalter) produzieren. Auch meine Tätigkeit im Bereich der Produktionsassistenz für Social-Media-Clips konnte ich nicht ausüben, da die Grenzen geschlossen waren/sind. Drehs und Locationscoutings für öffentlich-rechtliche und private TV-Sender im Ausland wurden abgesagt, ich hatte keine Workshops mit Schulklassen und in Bibliotheken (da geschlossen), auch mein Nebenjob im Hofbräuhaus als Gästebetreuerin fiel weg (hat ebenfalls geschlossen, da Gastronomie).

Wie hat Corona Deine Zukunft bzw. Deine Perspektive verändert?

Klar habe ich auf der einen Seite alle Jobs verloren, und dies gerade in einem Moment, in dem ich einen sehr guten Flow hatte, endlich so breit aufgestellt war, dass ich sehr gut verdient habe und die Organisation mit Kind, Familie und Beruf hinbekommen habe. Ich sehe aber jeden Tag, wie gut es mir geht, dass ich ein Dach über dem Kopf habe, genug zu essen und gesund bin. Das haben die meisten Menschen in anderen Ländern nicht. Da hilft es, wenn man viel gereist ist und viel gesehen hat. Meine Kollegen in anderen Ländern, denen geht es wirklich schlecht. Sie wissen teils nicht, was sie ihren Kindern am nächsten Tag zu essen geben sollen, müssen aus Wohnungen in Wellblechhütten ziehen oder sitzen auf der Straße. Für uns Europäer sehe ich die Corona-Situation auch als Chance. Ich weiß, die meisten sehen es nicht so. Aber jetzt kommt es eben auf Flexibilität an, die Leute lernen, dass es für nichts eine Garantie gibt und wir hier dankbar sein können, was wir alles haben und viele Dinge nicht selbstverständlich sind.

Ich las vor kurzem einen Artikel über einen Piloten, der jetzt als Kurierfahrer arbeitet. Ja mei, was habe ich schon alles für Jobs machen müssen im Leben. So ist es eben manchmal. Wir können froh sein, wenn wir überhaupt einen Job haben. An meinen Patienten in der Methadonausgabestelle sehe ich auch, wie knapp das Geld ist. Ich persönlich muss nicht jeden Cent umdrehen, wenn ich im Supermarkt einkaufe, was für ein Luxus. Ich bin so dankbar. Ich habe mich seit März 2020 auf eine Reise zu mir selber begeben;

musste mich mit mir selber auseinandersetzen. Was will ich wirklich, was ist mir wichtig, wie soll es weitergehen. Ich mache seitdem eine Therapie und eine Paartherapie mit meinem Mann, bin viel mehr für meine achtjährigen Tochter da, habe Bergtouren in den bayerischen Voralpen etc. gemacht, die ich schon immer mal machen wollte, aber weil ich immer im Ausland war, ging das nicht. Das ist für mich fast wie Meditation, in den Bergen, oft auch für ein oder zwei Nächte, unterwegs zu sein.

Also habe ich eine Fotowanderreise für den Fotoreiseveranstalter World Geographic Excursions in den bayrischen Voralpen, im Karwendel und Berchtesgadener Land entwickelt, die ich auch selbst leiten werde. Ich wäre dann 12 Tage mit einer Gruppe auf einer Wanderung unterwegs – da ich als Fotoreiseleiterin in die Mongolei ja momentan nicht fahren kann. Du siehst: Es geht immer weiter, auch in der Krise!

Wie beurteilst Du die Handlungen der Politik, kommen Hilfen auch bei Dir an? Und wie bewertest Du andere Berufsbereiche, z.B. Lehrkräfte, die finanziell abgesichert, allerdings durch viele persönliche Kontakte auch einem großen Infektionsrisiko ausgesetzt werden?

Mein Antrag im März für die erste Soforthilfe wurde abgelehnt, da ich kein externes Büro (Miete) mehr habe, keinen Firmenwagen und kein Firmenlaptop oder Rechner. Dabei haben die meisten Freiberufler all das nicht, weil sie zu Hause ihr Büro haben, mit dem privaten Auto fahren und ein privates Laptop haben. Im Juli habe ich Soforthilfe bekommen, weil die Voraussetzung war, dass man bei der Künstlersozialkasse Mitglied ist. Und die außergewöhnliche Novemberhilfe habe ich bekommen. Wir sprechen aber bei beidem von 5.400 Euro, das ist ein Tropfen auf dem heißen Stein. Aber besser als gar nichts. Vielen meiner Kollegen war gar nichts vergönnt.

Dass Lehrer einem derartigen Infektionsrisiko ausgesetzt sind, ist natürlich krass. Die Regierungen haben einfach gepennt, dass sie seit März nicht an der Digitalisierung von Schulen gearbeitet haben – und jetzt müssen es die Lehrer ausbaden.

Du bist seit einiger Zeit auch selbst in Schulen zu Gast. Was machst du da genau, und können auch Schulen in Niedersachsen Dich „buchen"?

Ja klar! Ich habe bisher Workshops zum Thema „Nomadenleben kindgerecht erklärt", am Beispiel der mongolischen Nomaden gehalten. Die Kinder, die oft Großeltern in der Türkei, Kroatien etc. haben, können von ihren eigenen Erfahrungen berichten, erleben die mongolischen Nomaden durch Fotos und Dinge, die sie anfassen dürfen und die ich aus der Mongolei mitgebracht habe, wie zum Beispiel getrockneten Quark, einen echten mongolischen Viehhirtenmantel u.v.m. Am Ende des Workshops nehmen sie neue Lerninhalte mit über eine Nation, die in Deutschland eher unbekannt ist.

Ich hatte solche Workshops an Schulen und Bibliotheken gehalten, biete aber auch andere Kinderveranstaltungen an – Schattenspiel mit meiner Mutter und Ähnliches. Die Idee dazu kam, weil ich für die Sendung „1, 2 oder 3" auf KIKA eine Sendung mit genau dem Thema entwickelt hatte. Ich bin in der Sendung, die von Elton moderiert wurde, auch selbst aufgetreten. Mittlerweile merke ich gar nicht mehr, wenn ich vor der Kamera stehe, da ich ja selbst viel hinter der Kamera stehe, als Realisatorin...

Welche Workshops könntest Du z.B. auch größeren Kindern am Gymnasium anbieten?

Größeren Kindern kann ich komplexere Zusammenhänge der mongolischen Nomaden erklären; ein Fragequiz mit ihnen machen. Ich bin da oft offen, wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin einen Wunsch oder Vorschlag hat, gehe ich immer darauf ein. Ich würde gern auch bei Euch im Norden solche Veranstaltungen anbieten und würde mit den betreffenden Lehrkräften auch gemeinsam im Vorfeld planen, was in dem Workshop gemacht wird.

Darauf werde ich sicherlich, wenn es wieder möglich ist, eingehen und dann auch in dieser Zeitschrift darüber berichten. Warum aber immer wieder die Mongolei? Du hast ja unter anderem auch als Mönch „Ashin Yolo" einen Monat lang in Klöstern in Burma gelebt, bist mit einem Yanonami in einem selbst gebauten Einbaum von Manaus bis Barcelo über den Rio Negro gepaddelt, hast bei Stämmen in Afrika, Bergvölkern in Madagaskar oder bei den Bandari Burqa im Iran gelebt und fotografiert...

Als ich das erste Mal in der Mongolei war, habe ich meinen heute besten Freund Esee und seine Familie kennen gelernt. Seine Mutter hat mich sofort wie ein eigenes Kind in die Familie aufgenommen, als sie meine Geschichte hörte. In dieser ersten Zeit, in der ich mit seiner Familie lebte, merkte ich, wie ähnlich die mongolischen Charakterzüge den meinen waren. Die Nomaden verlieren nicht viel Worte, kommen mit wenig materiellen Dingen aus, bewahren manchmal ihre Kleidung in Kartons unter dem Bett auf (das habe ich tatsächlich jahrelang als Studentin auch so gemacht, weil ich Kleiderschränke nicht mochte). Sie können ein paar Tage locker ohne Essen auskommen, respektieren die Natur.

Ich kam zwar als ‚Fremde' in die Familie, musste aber genau wie alle anderen Familienmitglieder das Vieh hüten, zusammensuchen und wieder zur Jurte zurückbringen. Melken, die Milchprodukte für den Winter haltbar machen, also mit Zucker versetzen, trocknen usw., Dung sammeln zum Feuer machen, abwaschen, Dinge reparieren – etc. Ich habe Quark hergestellt, das Filzen gelernt, war Vieh treiben, Ziegen hüten, habe mit das Vieh geschlachtet – und jeden Winter war ich mit einem Adlerjäger unterwegs. Ich habe also alles selbst erlebt, wovon ich bei meinen Workshops berichte.
In meinem mongolischen Mantel fiel ich bei Freunden und Verwandten zunächst nicht auf, wenn ich den Mund aufmachte natürlich schon. Aber ich wurde sehr schnell akzeptiert und integriert, in jeder Familie.

Seit 2000 bin ich fast jedes Jahr bei meiner „Adoptivfamilie" gewesen. In der Mongolei heiße ich Saraa (der Mond). Ich

Sarah Fischer auf dem Beseggen Grat im Jotunheimen Nationalpark in Norwegen.

war dort auch in Tempeln, in den meisten Klöstern und mit Schamanen unterwegs, war auch beim größten Schamanentreffen beim Filmdreh für das ZDF, zusammen mit Markus Lanz. Esee hat mich auch zu einem Schamanen am Khuvsgul-See mitgenommen – und der hat mir in einem Ritual viele Dinge über mich gesagt, die mir wirklich passiert sind. Das war unglaublich.

Hast Du Einblicke, wie Menschen in anderen Ländern die Corona-Pandemie bewältigen, gerade auch dort, wo die medizinische Versorgung nicht mit unseren Standards vergleichbar ist?

Die Mongolen zum Beispiel haben schon ganz früh, ich glaube, Ende Dezember 2019, die Grenzen dichtgemacht zu China, weil sie bereits so viele Krankheitsfälle im Land hatten. Damit konnten sie die Infektionszahlen bis vor kurzem niedrig halten. Jeder Rückkehrer oder Reisende musste bei Einreise in Quarantäne und wurde von der Polizei bewacht und durfte das Hotel nicht verlassen. Das hat bis ca. Oktober 2020 funktioniert, dann hat wohl ein Superspreader auf Events in allen Teilen des Landes viele Menschen angesteckt und dann gab es im November einen strikten Lockdown, das Militär hat kontrolliert, man durfte nicht mal auf die Straße.

In Kapstadt hatten und haben sie sehr hohe Fallzahlen; meine Freunde durften nicht an den Strand, Kite surfen, joggen oder andere Dinge tun. Meine Freunde in Norditalien, Brasilien und den USA leiden auch unter den Maßnahmen und beklagen viele tote Verwandte.

Vor Deiner Selbstständigkeit hast Du Hotelfachfrau gelernt und im Bereich Musikpromotion bei einem Label gearbeitet – also in zwei Branchen, die von den Lockdowns und Kontaktbeschränkungen besonders betroffen sind. Wie erleben ehemalige Kollegen, die in diesen Branchen weiterhin tätig sind, die aktuelle Situation?

Das kann ich leider nicht wirklich beantworten, da ich kaum mehr Kontakt habe. Aber ich weiß, dass viele sich selbständig gemacht haben, aus der Not heraus. Nicht nur, weil die Sony nach Berlin gegangen ist, sondern weil die Branche gerade auch mal wieder schrumpft.

Du bist auch als Snowboardtrainerin im Winter tätig gewesen. Was sagst du zu den Behauptungen, der Skizirkus von Ischgl hätte Corona über Europa verbreitet?

Ich arbeite nicht mehr als Snowboardlehrerin; habe letztes Jahr mit dem Splitboarden angefangen, weil ich keine Lust mehr auf Schneeschuhe und Board auf dem Rücken hochtragen hatte. Aber auf die Pisten zieht es mich noch immer, so wie viele andere Menschen eben auch. Wenn sich der Virus nicht in Ischgl verbreitet hätte, dann eben in einem anderen Skigebiet. Fakt ist, dass natürlich die Menschenmassen in so einem Skizirkus den Virus anfeuern. Aber niemand sollte deswegen verurteilt werden.

Weitere Infos und ausgewählte Reportagen unter *www.sarah-fischer.de*

Aus der Rechtsprechung

Von Marta Kuras-Lupp

Dienstunfähigkeit berechtigt nicht zu unbegrenztem Ansammeln von Ansprüchen auf bezahlten Jahresurlaub – Kein Recht auf ein unbegrenztes Ansammeln von Ansprüchen auf bezahlten Jahresurlaub (Verwaltungsgericht Trier, Urteil vom 08.12.2020, Az. 7 K 2761/20.TR)

Das Verwaltungsgericht Trier hat entschieden, dass ein Ruhestandsbeamter, der aufgrund eines Dienstunfalls dienstunfähig erkrankt war, keinen Anspruch auf finanzielle Abgeltung seines nicht genommenen Urlaubs für das Jahr 2017 hat. Der Kläger hatte einen Dienstunfall und war seit Ende Januar 2017 dienstunfähig erkrankt. Nach einer Wiedereingliederung, wurde der Beamte im Jahr 2019 vorzeitig in den Ruhestand versetzt. Er beantragte die finanzielle Abgeltung seines Resturlaubsanspruchs. Der beklagte Dienstherr lehnte den Anspruch für 2017 mit der Begründung ab, dass der Urlaubsanspruch verfallen sei. Der Urlaub sei nicht innerhalb der vorgesehenen Frist in Anspruch genommen worden. Der Kläger hielt entgegen, dass der Mindestjahresurlaub nur verfalle, wenn der Dienstherr den Beamten auf die Folgen eines fehlenden Antrags oder eines fehlenden Übertragungsantrags im Falle dauerhafter Erkrankung hingewiesen hätte. Dies sei unterblieben.

Das Verwaltungsgericht Trier wies die Klage ab. Der Anspruch auf finanzielle Abgeltung nicht genommenen Jahresurlaubs für das Jahr 2017 sei nach den landesrechtlichen Vorschriften mit Ablauf des 31.03.2019 verfallen. Ein Recht auf unbegrenztes Ansammeln von Ansprüchen auf bezahlten Jahresurlaub, die während der Dienstunfähigkeit erworben wurden, bestehe nicht. Wenn eine gewisse zeitliche Grenze überschritten werde, fehle dem Jahresurlaub seine positive Wirkung für den Beschäftigten als Erholungszeit. Unerheblich sei auch, dass der Dienstherr den Kläger nicht über die Verfallsfrist seines Urlaubsanspruchs aus dem Jahr 2017 aufgeklärt habe, denn dieser sei nicht durch mangelnde Aufklärung, sondern aus Krankheitsgründen an der Inanspruchnahme des Urlaubs aus dem Jahr 2017 gehindert gewesen. Dem stehe auch die durchgeführte Wiedereingliederungsmaßnahme nicht entgegen. Während der Wiedereingliederung bestehe nach Auffassung des Gerichts keine reguläre Dienstleistungspflicht, von deren Erfüllung der Beamte zum Zweck des Urlaubs befreit werden könne, sondern vielmehr stehe die schrittweise Rehabilitation mit dem Ziel, die uneingeschränkte Dienstfähigkeit wiederherzustellen, im Vordergrund. Ein Urlaubsanspruch während der Wiedereingliederung liefe diesem Zweck zuwider.

§ 8 Niedersächsische Erholungsurlaubsverordnung (NEUrlVO)
(1) 1Der Urlaub soll grundsätzlich im Urlaubsjahr abgewickelt werden. 2Resturlaub, der nicht bis zum Ablauf der ersten neun Monate des folgenden Urlaubsjahres angetreten worden ist, verfällt. 3Ist der Urlaub aufgrund einer durch Krankheit bedingten Dienstunfähigkeit nicht rechtzeitig angetreten worden, so verfällt er, wenn er nicht bis zum Ablauf der ersten drei Monate des zweiten auf das Urlaubsjahr folgenden Urlaubsjahres angetreten worden ist.

§ 8 a Niedersächsische Erholungsurlaubsverordnung (NEUrlVO)
(1) Soweit der unionsrechtlich gewährleistete Mindestjahresurlaub (Artikel 7 Abs. 1 der Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung, ABl. EU Nr. L 299 S. 9) vor Beendigung des Beamtenverhältnisses nicht in Anspruch genommen werden konnte und nicht verfallen ist, wird er finanziell abgegolten.

Bemerkung der Verfasserin: *Lassen Sie bei längerer Dienstunfähigkeit bzw. bei einer Frühpensionierung aufgrund Dienstunfähigkeit stets Ihren Urlaubsanspruch überprüfen. Wir sichern Ihre Rechte! Wenden Sie sich gern an die Geschäftsstelle des PHVN.*
Die Argumentation, dass während einer Wiedereingliederung bei Beamten der Urlaubsanspruch nicht bestehe, ist rechtlich zweifelhaft und überzeugt nicht. Das Dienstverhältnis ruht nach unserer Auffassung weder während Zeiten von Dienstunfähigkeit noch während einer Wiedereingliederungsphase. Dies entspricht auch der verfassungs-

© pixelkorn – Adobe Stock

rechtlichen Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Der Charakter der Wiedereingliederung als auch rehabilitierende Maßnahme steht einer zumindest teilweisen Dienstfähigkeit der Beamtinnen bzw. Beamten nicht entgegen. Besteht jedoch eine zumindest teilweise Dienstfähigkeit, was man allein für einen ordnungsgemäßen Dienstablauf annehmen müsste, besteht auch ein Urlaubsanspruch während der Wiedereingliederung.

Rechtsschutz eines Beamten bereits gegen amtsärztliche Untersuchungsanordnung möglich – Ausschluss einer isolierten Anfechtung mit der verfassungsrechtlicher Rechtsschutzgarantie nicht in Einklang zu bringen (Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz, Beschluss vom 29.10.2020, Az. 2 B 11161/20.OVG)

Eine amtsärztliche Untersuchungsanordnung zur Feststellung der Dienstfähigkeit eines Beamten kann isoliert angreifbar sein. Das entschied das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz entgegen der Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts. Verfahrenshandlungen, die vollstreckt werden können, seien isoliert angreifbar, da ansonsten bei derartigen Verfahrenshandlungen der Ausschluss einer isolierten Anfechtung mit der verfassungsrechtlichen Rechtsschutzgarantie nicht in Einklang zu bringen sei; bis zur Sachentscheidung drohe bereits der Eintritt eines irreparablen Zustandes.Der Begriff der vollstreckbaren Verfahrenshandlungen umfasse auch solche, die zwar nicht mit Zwangsmitteln vollstreckbar seien, aber mit Disziplinarmaßnahmen geahndet werden könnten.

Bemerkung der Verfasserin: *Eine richtige Entscheidung des Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz. Die gegenteilige Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zuletzt 2019 (Urteil vom 14.03.2019, Az. 2 BvR 5.18) überzeugt hingegen nicht. Dies gilt insbesondere für die Argumentation, dass der mögliche Grundrechtseingriff, durch die Befolgung der Anordnung, zur ärztlichen Untersuchung zu erscheinen, nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, ohne Bedeutung sei, denn der Beamte habe die Möglichkeit, diese Anordnung nahezu sanktionslos zu ignorieren. Vielmehr könne er gegen die schließlich ergehende Entscheidung vorgehen; ein Zuwarten bis zur endgültigen Entscheidung sei unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten zumutbar. Diese Argumentation ist nicht (mehr) tragfähig. Es ist nicht einzusehen, warum Beamtinnen und Beamte eine potentielle disziplinarrechtliche Ahndung bei Nichtbefolgung einer Anordnung zur amtsärztlichen Untersuchung in Kauf nehmen müssen.*

EuGH-Vorlage zur DSGVO betreffend die Einführung von Livestream-Unterricht in Schulen (Verwaltungsgericht Wiesbaden, Beschluss vom 21.12.2020, Az. 23 K 1360/20.WI)

Das Verwaltungsgericht Wiesbaden hat in einem Verfahren um die Einführung eines Livestream-Unterrichtes den Europäischen Gerichtshof angerufen. Gegenstand des personalvertretungsrechtlichen Verfahrens ist die Frage, ob es bei der Einführung eines Livestream-Unterrichtes durch Videokonferenzsysteme neben der Einwilligung der Eltern für ihre Kinder oder der volljährigen Schülerinnen und Schüler, auch der Einwilligung der jeweiligen Lehrkraft bedarf oder die hier erfolgende Datenverarbeitung durch das Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz des Landes Hessen (HDSIG) gedeckt ist, sowie über die Frage, welche Rechte der Personalrat hierbei hat.

Das Verwaltungsgericht Wiesbaden hat entschieden, dem Gerichtshof der Europäischen Union die Frage vorzulegen, ob eine Vorschrift bestimmte inhaltliche Anforderungen der DSGVO erfüllen müsse, um eine „spezifische Vorschrift“ im Sinne der DSGVO zu sein. Zudem sei zu klären, ob eine nationale Norm, wenn sie diese Anforderungen offensichtlich nicht erfülle, trotzdem noch anwendbar bleiben könne. Die Fachkammer für Personalvertretungsrecht des Landes Hessen hat Zweifel daran, dass es sich bei den hessischen Vorschriften (§ 23 Abs. 1 S. 1 HDSIG und § 86 Abs. 4 S. 1 HBG) um Normen handele, die die Anforderungen der DSGVO (Art. 88 Abs. 2 DSGVO) erfüllten. Diese Anforderungen seien weder in den hessischen Normen selbst, noch durch ergänzende Normvorgaben an anderer Stelle des jeweiligen Gesetzes erfüllt worden. Der Vorlagebeschluss ist nicht anfechtbar.

Bemerkung der Verfasserin: *Eine Vorlage, die wir gut im Auge behalten werden. Datenschutzrechtliche Vorgaben sind nicht aus einem Selbstzweck existent. Die Bedürfnisse der aktuellen herausfordernden Situation dürfen jedoch nicht beide Augen vor dem geltenden Recht verschließen. Weitere Information zum Distanzunterricht und Datenschutz finden Sie in unserem neuen Rechtsflyer. Wenden Sie sich gern an die Geschäftsstelle oder an die zuständige PHVN-Vertrauensperson Ihrer Schule.*

Geschlechter-un-gerechter Sprachgebrauch in Schule und Verwaltung

Die neuen Ungerechtigkeiten durch so genannte Gender-Sternchen

von Dr. Alexander Börger

Auch auf den Internet-Seiten mancher Schulen und im internen Schriftverkehr mancher Schulleitungen sind sie mittlerweile aufgetaucht, Elemente der so genannten Gender-Sprache, insbesondere die sog. Gender-Sternchen („Schüler*innen"), bisweilen auch ihre weiteren Verwandten wie sog. Gender-Doppelpunkt („Schüler:innen"), sog. Gender-Unterstrich oder -Gap („Schüler_innen"), sog. Gender-Apostroph („Schüler'innen") oder das schon länger bekannte sog. Binnen-I („SchülerInnen").

Manche Verwaltungen haben solche Schreib- und Sprechweisen sogar als Amtssprache zwangseingeführt, so Hannover und Wolfsburg. Andernorts wurden derartige Vorschläge zumeist der örtlichen Gleichstellungsbeauftragten wieder gekippt, so in der Region Hannover und in Stuttgart. Dass solche massiven Veränderungen der Sprache überhaupt nötig seien, sei einer männlichen Dominanz im Deutschen geschuldet, so die Argumentation der Fraktion pro (vermeintlich) geschlechtergerechte Sprache.

Tatsächlich ist sowohl diese Analyse falsch wie die Behauptung, es handele sich bei Sprache mit sog. Gender-Sternchen um eine besonders „geschlechtergerechte Sprache". Im Gegenteil, eine genauere Analyse erweist: es handelt sich leider um eine besonders ungerechte und gerade in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit auch noch um eine besonders geschlechter-ungerechte Sprache.

Dr. Alexander Börger *ist Kultur- und Sprachwissenschaftler sowie Administrator der AG „Gendersprache" des Vereins Deutsche Sprache VDS.*

Zunächst zur vermeintlichen männlichen Dominanz. Argumentiert wird mit dem (zu überwindenden) generischen Maskulinum in Sätzen „Die Schüler gehen nach Hause." Beim Hören solcher Sätze werde vorwiegend oder ausschließlich an männliche Schüler gedacht. Tatsächlich haben die zugrundeliegenden psychologischen Studien diesbezüglich vergleichsweise schwache Effekte gezeigt, die kaum derart weitgreifende Eingriffe in Wortschatz, Grammatik, Rechtschreibung, Stil und Metrik der deutschen Sprache rechtfertigen würden; vom finanziellen Aufwand des Umschreibens zahlloser Texte (oder auch nur der Verlängerung der Wörter durch zahllosen „*innen"-Fragmente) ganz abgesehen.

Plural aller Geschlechter in weiblicher Form

Eine genauere Analyse des Satzes zeigt aber, dass er gar nicht so männlich dominiert ist, wie es vielleicht scheint. Denn er beginnt ja mit dem Artikel „die". Die Sprachgeschichte hat es ergeben, dass im Deutschen im Plural die drei Geschlechter sowohl bei den Personalpronomina („er, sie, es") wie auch bei den Artikeln („der, die, das") in einer Form zusammengefallen sind, und diese ist der weiblichen (!) Singularform homonym. Woran denkt man nun, wenn man hört: „die" oder „sie"? An eine weibliche Person oder an eine gemischtgeschlechtliche, vielleicht sogar vorwiegend männliche Gruppe? Eine Studie ist mir dazu nicht bekannt, die Alltagserfahrung zeigt aber: an weibliche Personen. Konsequenterweise müssten wir also „die" und „sie" als Pluralformen abschaffen – ja dazu wurden von den Befürworterinnen und Befürwortern der sog. geschlechtergerechten Sprache noch keine Vorschläge unterbreitet.

Ebenso wenig wurde das Höflichkeitspronomen „Sie" angetastet, mit dem sich auch Männer untereinander anreden. Sogar die alte Form „Ihr", die nur noch im Adel gebraucht wird, ist weiblich konnotiert, denn sie lautet dem weiblichen Personal- und Possessivpronomen der 3. Person gleich. Seit bald 1.000 Jahren benutzen deutschsprachige Männer also weiblich klingende Höflichkeitsformen und im Plural fallen im Deutschen alle Geschlechter in der weiblichen (!) Form zusammen. Das gibt es so übrigens in keiner anderen Sprache Europas und der Welt.

Die vermeintliche männliche Dominanz in dem Satz „Die Schüler gehen nach Hause." ist im Gegenteil Ausdruck einer sehr großen althergebrachten Geschlechtergerechtigkeit: man nehme den weiblichen Artikel („die") und die männliche Bezeichnung („Schüler") und heraus kommt eine völlig geschlechtsneutrale Form, die stellvertretend für alle Geschlechter (männlich, weiblich, divers) steht. Dass die Endung „-innen" hier nicht gebraucht wird, liegt nicht an einer vermeintlichen Geschlechterungerechtigkeit, sondern es ist die konsequente Weiterentwicklung des Einheitsplurals, wie er beim Artikel, den Pronomen und den Adjektiven schon lange etabliert ist. Schön deutlich wird das bei einem Ausdruck wie „die Freundschaft zwischen Deutschen und Franzosen". Wer denkt hier an eine Freundschaft männlicher, weiblicher und diversgeschlechtlicher Deutscher mit ausschließlich männlichen Franzosen?

Penetrante Doppelnennungen wie „die Schülerinnen und Schüler" führen dagegen nur zu einer Überbetonung der Geschlechtlichkeit, die von der Konzentration auf den eigentlichen Sachverhalt ablenkt, und letztlich damit zu einer

Sexualisierung der Sprache, die auf Menschen, die eine andere Sprache (z.B. Englisch) als Muttersprache haben, mittlerweile sehr befremdlich wirkt. Die junge deutsche Autorin Nele Pollatschek hat dazu einige instruktive Texte verfasst – auch aufgrund ihrer Auslandserfahrung, denn in Großbritannien, wo viele Schauspielerinnen mittlerweile von sich nur als „actor“ sprechen und „actress“ teilweise schon als abwertend verstanden wird, wundert man sich schon, dass Angela Merkel „Bundeskanzlerin“ (und nicht „Bundeskanzler“) ist, während Margaret Thatcher oder Theresa May immer „Prime Minister“ und nicht etwa „Prime Ministress“ waren.

Gerecht sind sog. Gender-Sternchen und sog. Gender-Doppelpunkte etc. gerade auch für Deutschlernende, inklusive aller Menschen mit Migrationshintergrund, nicht. Denn schon die Deutschen sind sich ja schon im Gebrauch und der Aussprache uneins und haben andererseits der Welt mit ä, ö, ü und ß schon jede Menge Sonderzeichen und mit dem Ich- und dem Ach-Laut, dem Gaumen-R usw. jede Menge Laute beschert, die man beim Erlernen der deutschen Sprache erst mal gut üben muss, weil sie in sehr vielen anderen Sprachen nicht vorkommen. Wer mal in Spanien versucht hat, allein das deutsche „ß“ zu erklären, weiß, wovon ich rede.

Gendersternchen sind nicht inklusiv und nicht barrierefrei

Sog. Gender-Sternchen sind auch überhaupt nicht barrierefrei, weshalb sie u.a. von Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverband abgelehnt werden. Auch mit Leichter Sprache für geistig und z.B. aufgrund von Konzentrationsstörungen gehandicapte Personen sind sie nicht vereinbar. Und ein Stotterer wird beim Ausdruck „der*die Oberbürger*innenmeister*in und seine*ihre Stellvertreter*innen“ wesentlich mehr Schwierigkeiten haben als mit „der Oberbürgermeister und seine Stellvertreter“. Leider gehen die Belange der Behinderten in der aktuellen Debatte um (vermeintlich) geschlechtergerechte Sprache zumeist völlig unter – ein trauriges Zeichen für den tatsächlichen Zustand der Inklusion in diesem Land, das immerhin die entsprechende UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet hat und sich damit völkerrechtlich dazu verpflichtet hat, keine neuen Hürden für Behinderte aufzubauen und stattdessen bestehende abzubauen.

Vermeintlich geschlechtergerechte Sprache mit sog. Gender-Sternchen ist also keineswegs gerecht. Ist sie denn wenigstens halbwegs geschlechtergerecht oder zumindest geschlechtergerechter als das von Gender-Sprach-Elementen freie Hochdeutsch? Leider muss man auch das verneinen. Denn häufig vorkommende Wortverstümmelungen wie „Kolleg*innen“, „Kund*innen“ oder „Gefährt*innen“ machen deutlich, dass es gar nicht um ein gleichberechtigtes Erscheinen von männlicher und weiblicher Form geht. Die männliche Form wird nämlich auf den Wortrumpf zurechtgestutzt und ihre spezifischen Endungen sind nicht mehr wiederzuerkennen. Dabei entstehen Formen, die von vielen Menschen (und nicht nur Männern) als diskriminierend empfunden werden, denn ein „Kolleg“ ist eine Lehranstalt, also ein Gebäude, „kund“ ist nur eine Vorsilbe, zum Beispiel in „Kundgebung, kundtun“ etc., ein „Gefährt“ ist eigentlich ein Fahrzeug, also eine Sache. Frauen werden aus gutem Grund aber auch nicht mehr als „Frauenzimmer“ angeredet oder so bezeichnet – wieso dürfen jetzt Männer zu Gebäuden und Sachen degradiert werden?

Zudem haben schon frühere Studien zum sog. Binnen-I gezeigt, dass damit gerade nicht die Vorstellung einer ausgeglichen gemischtgeschlechtlichen Gruppe erzeugt wird, sondern die einer vorwiegend oder ausschließlich weiblichen. Nun mag es Menschen geben, die sich freuen, wenn bei „Automechaniker*innen“ zukünftig vorwiegend an Frauen gedacht wird – bei „Erzieher*innen“ werden so aber nur klassische Rollenklischees weiter tradiert.

Diverses Geschlecht wird zum Sonderzeichen

Gerade beim sog. Gender-Sternchen wird dann noch bisweilen argumentiert, man brauche es als einen Platzhalter für das dritte und ggf. weitere Geschlechter. Bisher liegt die Anzahl der Personen mit Geschlechtseintrag „divers“ in der Bundesrepublik wohl im niedrigen dreistelligen Bereich. So erfreulich die Aufmerksamkeit für diese relativ kleine Gruppe ist, so sehr wünscht man sich doch, dass man sprachlich auch anderen Minderheiten wie den genannten Behinderten oder den Menschen mit Migrationshintergrund gerecht wird. Aber wird denn überhaupt ein bloßer Platzhalter divers geschlechtlichen Menschen gerecht? Haben sie nicht mehr verdient als ein Sonderzeichen wie „*“ oder „:“, nämlich einen echten, d.h. mit Lauten gesprochenen und mit Buchstaben geschriebenen, sprachlichen Ausdruck?

Und tatsächlich gibt es den mit dem Wort „divers“ ja auch. Daher sind in den Augen des Verfassers Stellenanzeigen wie „Lehrkraft (m/w/d)“ um ein Vielfaches geschlechtergerechter als Ausdrücke wie „Lehrer*innen“. Zumal gerade das Wort „Sternchen“ im deutschen Sprach- und Kulturraum ja nun wahrlich nicht frei von Assoziationen ist, „exaltiert, gewollt und nicht gekonnt, Möchtegern“ usw. sind sicher nur eine Auswahl, die diesen Platzhalter alles andere als neutral erscheinen lassen, und damit seine Unbrauchbarkeit deutlich machen.

Zusammengefasst ergibt sich: Die Elemente der vermeintlich geschlechtergerechten Sprache bringen keinerlei Gerechtigkeits- und noch nicht einmal Geschlechtergerechtigkeitsvorteile. Egal, ob in Schule, Verwaltung, Kunst oder Medien: weg mit den sog. Gender-Sternchen. Stattdessen lieber mal wieder ein gutes Buch z.B. der deutschen Klassiker lesen, das erweitert das eigene sprachliche Ausdrucksvermögen in die richtige Richtung.

Glosse

Wie eine Henne zum Hahn wird

von Klemens Weilandt

Es ist wieder einmal die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die FAZ, gewesen, die uns im Zeitalter des Feminismus und seiner besonders auf sprachlichem Felde sich austobenden Spezialform Genderismus gezeigt hat, welche (Fall)Stricke unsere nicht ganz einfache Sprache versteckt hält. Opfer der Fallstricke ist diesmal eine Redakteurin des Wirtschaftsressorts der FAZ namens Kerstin Schwenn. Sie setzte zunächst so an: *„Monatelang durften Verkehrsminister Andreas Scheuer von der CSU und Umweltministerin Svenja Schulze von der SPD darüber zanken, ob technische Nachrüstungen an Motoren älterer Diesel ein sinnvolles Mittel sind, um drohende Fahrverbote in Städten mit schlechter Luft abzuwenden.“* (FAZ, 15.09.2018, S. 17).

© Memoangeles – Adobe Stock

So weit also so streitlustig mit einem Hahn von der CSU und einer Henne von der SPD. Schließlich alles ganz im Einklang offenbar mit der seit einiger Zeit beschworenen „Streitkultur“ als eines die Demokratie prägenden Erfordernisses, geradezu eines sie konstituierenden Faktors.

Man muss nicht aufwendig in einschlägige Wörterbücher schauen, um herauszufinden, dass unsere allseits geschätzte deutsche Sprache mit Redewendungen aufwartet, in denen von „Streithähnen“ die Rede ist, nicht aber mit solchen, in denen „Streithennen“ vorkommen. Wohl aber werden, wenngleich eher beiläufig, noch Streithammel, Streithansel und Streitkopf genannt, unzweifelhaft also mindestens sprachlich alle(s) männlich. Das hat ja auch seine erfahrungsgesättigte Logik: Frauen streiten nicht, jedenfalls nicht wie bayerische Hähne (oder Hammel). Frauen keifen nicht, gehen nicht aufeinander los, auch nicht auf Männer, sie sind stets das versöhnende Element. Allenfalls gackern sie – oder legen Eier.

Was aber, wenn sie ausnahmsweise und wie in dem genanten Fall gewiss aus moralisch sehr hoch anzusiedelnden Gründen doch „zanken“? Wie kommt man da aus der Bredouille, wenn Minister und Ministerin, obwohl „unversöhnlich“, sprachlich koaliert werden sollen? Die Redakteurin, ganz selbstbewusste Frau mit der Sprache als ihrem Haupthandwerkszeug, nahm bei eben dieser Zuflucht: „Trotz des Auftrags der Kanzlerin (also immerhin einer Frau!), im September eine einvernehmliche Lösung zu finden, blieben die Streithähne unversöhnlich.“

So ist das mit unserer Sprache, mehr gibt sie nicht her. Irgendwelche Streithennen kennt sie nicht. Und die Genderbeflissenen haben sie bisher nicht in die Idiomatik des Deutschen einführen wollen, beileibe nicht, wie zum Beispiel auch die Teufelinnen nicht. Selbst nicht in der an sich ja, so jedenfalls ihre unerschütterliche Lehre, überzeugenden Schreibweise Streithähn*innen! Obendrein: Zu den Streithennen als der sich aufdrängenden feministischen Alternative zu Streithähnen hätte selbst der stets elegant in Erscheinung tretende Andreas Scheuer gewiss auch nicht gerechnet werden wollen. Also wurde Svenja Schulze, obwohl zweifelsfrei doch ganz Henne, auf idiomatisch schlussendlich unabweisbarem Wege zum Hahn – wenn auch nur zum Streithahn.

So klappt der digitale Unterricht am Eichsfeld Gymnasium Duderstadt

Von Britta Eichner-Ramm, Eichsfelder Tageblatt vom 18.01.2021

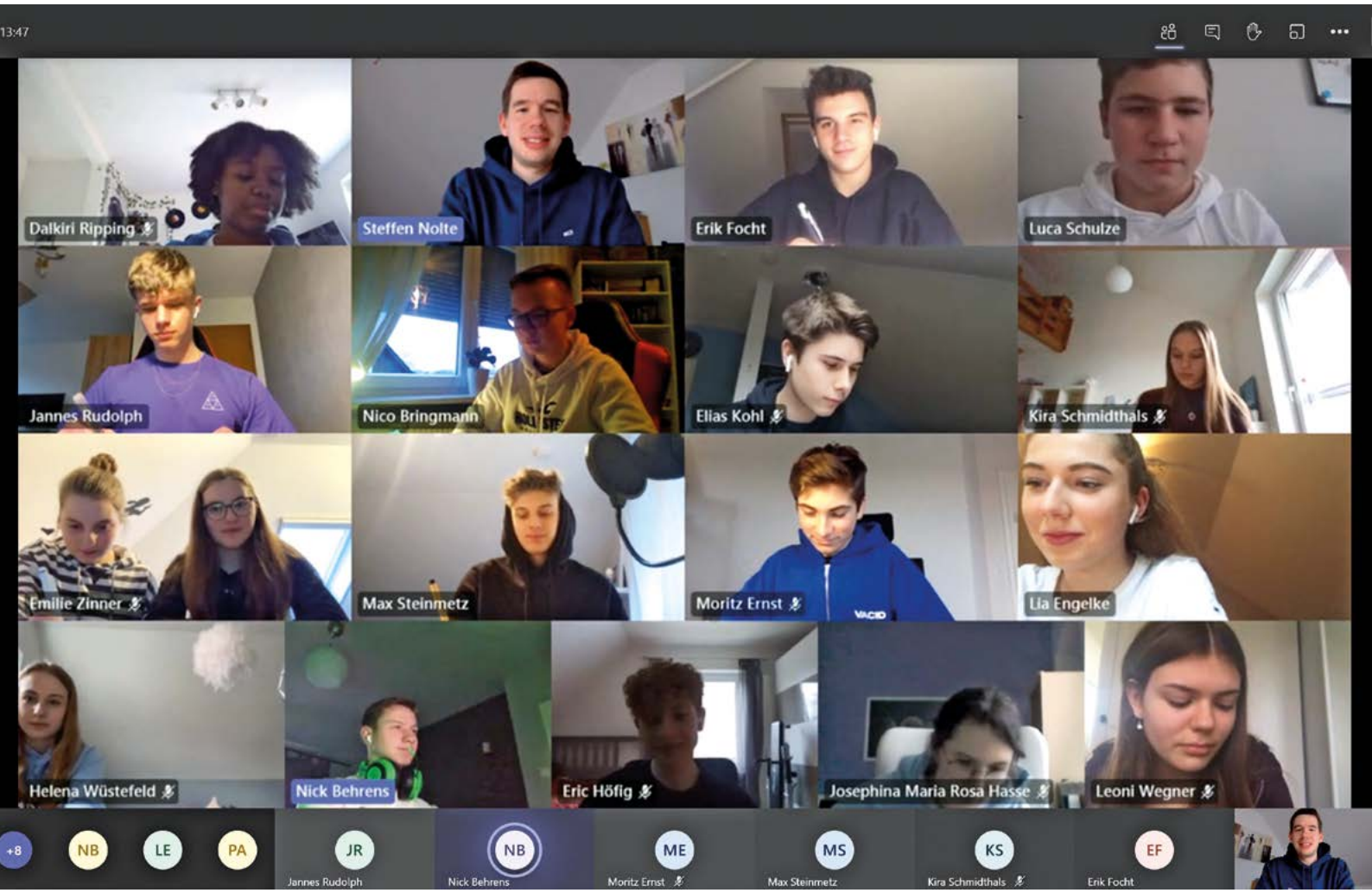
„Wir sind sehr froh, dass wir als Eichsfeld-Gymnasium autark sind“, sagt Steffen Nolte, der an dem Duderstädter Gymnasium die IT betreut und zudem Chemie und Mathematik unterrichtet. Seine erleichterte Äußerung bezieht sich auf die teilweise massiven technischen Probleme, mit denen einige Göttinger Schulen nach den Weihnachtsferien mit dem Unterricht gestartet sind. Und nicht nur dort, auch anderswo im Land war die Lernplattform IServ zeitweise nicht erreichbar.

Am Eichsfeld Gymnasium in Duderstadt (EGD) läuft der digitale Unterricht seit nunmehr einer Woche reibungslos. Nolte zitiert einen seiner Schüler mit den Worten „alle Göttinger Schulen schmieren ab, aber bei uns in der Provinz läuft es“. Warum das so ist, erklärt Ben Thustek, schulfachlicher Koordinator und Jahrgangsleitung für die zehnten und elften Klassen am EGD.

Schon länger werde am EGD das EGD-Web genutzt, quasi eine eigene Plattform, auf der zum Beispiel Unterrichtsmaterial abgelegt wird. Mit diesem schuleigenen Content-Management-System sei das EGD „schon sehr viel früher dran gewesen als die niedersächsiche Bildungscloud“, so Thustek. Darüber hinaus werde das Projektmanagement-Tool Padlet genutzt. Dabei handelt es sich um eine virtuelle Pinwand, auf der sich Schüler und Lehrer treffen könnten.

„Guten Start hingelegt“

Mit Ausnahme der Abiturjahrgänge sind die EGD-Schüler im Homeschooling-Modus. Der Unterricht findet per Video-Konferenz statt. Dafür nutzen Schüler wie Lehrkräfte des Duderstädter Gymnasiums das Tool Teams von Microsoft. Während anderswo die Wogen wegen IServ und Co etwas hoch gingen, so Thustek, „haben wir am EGD mit



Microsoft Teams einen relativ guten Start hinlegen können. Bei uns lief am Montag vor einer Woche alles rund."

Teams ermögliche nicht nur den digitalen Unterricht per Video-Konferenz. Auch könnten über Teams parallel so genannte Breakout-Rooms eingerichtet werden, erklärt Nolte. Damit sind Arbeiten in kleinen Gruppen möglich, etwa wenn sich vier oder fünf Schüler der Klasse über eine Aufgabe austauschen.

Dass es mit dem Homeschooling am EGD weitgehend reibungslos läuft, hängt nach Angaben von Thustek und Nolte auch damit zusammen, dass nach den Erfahrungen im ersten Lockdown und dem damaligen Unterricht im virtuellen Klassenzimmer nachgerüstet wurde. So wurde in die Ausstattung der Schüler mit Endgeräten investiert. Die iPad-Spende des Duderstädter Ehrenbürgers Hans Georg Näder im vergangenen Jahr, aber auch das Engagement des Landkreises Göttingen haben dazu beigetragen, so Thustek. Nolte ergänzt: „Wir haben zurzeit mehr als 100 iPads an Schüler ausgegeben."

Fortbildung für das Kollegium

Auch die Lehrkräfte am EGD hätten sich der Situation gestellt. Es habe eine schulinterne Fortbildung gegeben, bei der das Kollegium geschult worden sei, berichten Nolte und Thustek. Mancher habe nach dem ersten Lockdown erkannt, dass im Umgang mit den verschiedenen Tools Bedarf an Weiterbildung bestehe, so Thustek. „Jetzt haben alle einen großen Schritt nach vorne gemacht" und hätten Defizite abbauen können, ergänzt er.

Anfangs habe Nolte auch noch viel technischen Support leisten müssen, berichtet Thustek. Inzwischen laufe es aber gut, so Nolte. „Gegenüber März gibt es jetzt nur noch wenige technische Probleme oder Fragestellungen."

Für Fächer, in denen es mit einer Video-Konferenz allein nicht getan ist, lassen sich die EGD-Lehrkräfte auch einiges einfallen. Nolte ergänzt seinen virtuellen Chemie-Unterricht beispielsweise um Experimente, die er aus dem Fachraum der Schule auf die Tablets der Schüler überträgt. Wichtig sei es, die Unterrichts-Methodik abwechslungsreich zu gestalten, damit die Aufmerksamkeit der Schüler am Bildschirm nicht leidet. Klar sei aber auch, dass das alles den Präsenzunterricht nicht ersetzen könne, so Nolte.

Virtueller Unterricht am EGD

Für den virtuellen Unterricht am Eichsfeld-Gymnasium Duderstadt wird unter anderem Microsoft Teams genutzt. Nach Angaben von Steffen Nolte, der am EGD für die IT zuständig ist, habe es in der Zeit vom 11. bis 17. Januar 1162 Teams-Besprechungen gegeben. Registriert seien am EGD 1152 Teams-Nutzer, sowohl Schüler als auch Lehrkräfte.

Die meisten Schüler hätten sich mit dem Unterricht in Form von Video-Konferenzen über das Tool Teams arrangiert. Lina Rach, Schülersprecherin am EGD, schildert ihre Erfahrung nach einer Woche Digital-Unterricht. Nach einigen Stunden Unterricht am Bildschirm bekomme sie Kopfschmerzen und der Nacken sei verspannt, weil man die ganze Zeit auf den Bildschirm starrt. Manche Lehrer würden die Schüler auch auf notwendige Pausen und etwas Bewegung hinweisen.

Beim Homeschooling bestehe nach Angaben von Rach auch die Gefahr, dass man sich leichter ablenken lasse als im Präsenzunterricht. Zum Beispiel vom Handy. Gegenüber dem ersten Lockdown sei die Situation jetzt besser. Allerdings seien sich alle Schüler einig, dass ein Face-to-Face-Unterricht von Lehrer und Schülern noch immer die beste Variante sei.

Mehr unter: www.goettinger-tageblatt.de/Die-Region/Duderstadt/Homeschooling-So-klappt-der-digitale-Unterricht-am-Eichsfeld-Gymnasium-Duderstadt

Kreativ in der Krise: Europa-AG setzt Filmprojekt digital um

Von Cord Wilhelm Kiel

Aufgrund der Corona-Pandemie ging die Europa-AG des Albert-Einstein-Gymnasiums Hameln seit September neue Wege und tagte als „Hybrid" aus Präsenz- und Onlineunterricht. Mit den immer weiterreichenden Kontaktbeschränkungen wurde aus dem Hybridunterricht dann eine „reine", regelmäßige Videokonferenz mithilfe des IServ-Videokonferenzmoduls, und so wurde unter anderem auch am gemeinsamen Projekt zum Europäischen Wettbewerb 2021 gearbeitet. Bezeichnenderweise wurde das Projekt zum Sondermodul „Kreativ in der Krise" erstellt – ein in mehrfacher Hinsicht passender Titel.

Aufgrund der Corona-Situation gestaltete sich dies allerdings noch schwieriger als – vor den Weihnachtsferien – erwartet: Die Schule war nach den Weihnachtsferien im Szenario C. Nur Jahrgang 13 befand sich in der Schule und so wurde auch ein Live-Dreh schwierig. Am Drehtag für die Szenen, die mit Lehrkräften gefilmt wurden, trafen sich die Schüler aus Jahrgang 12 mit den jeweiligen Lehrern am 29. Januar ungefähr 90 Minuten vor der Ausgabe der Facharbeiten und der Zeugnisse in der Schule. Zunächst stand die Aufnahme des Schulleiters Sönke Koß, der sich bereit erklärt hatte, die Rolle des Virus zu spielen (siehe Foto S. 35, u.r.), an.

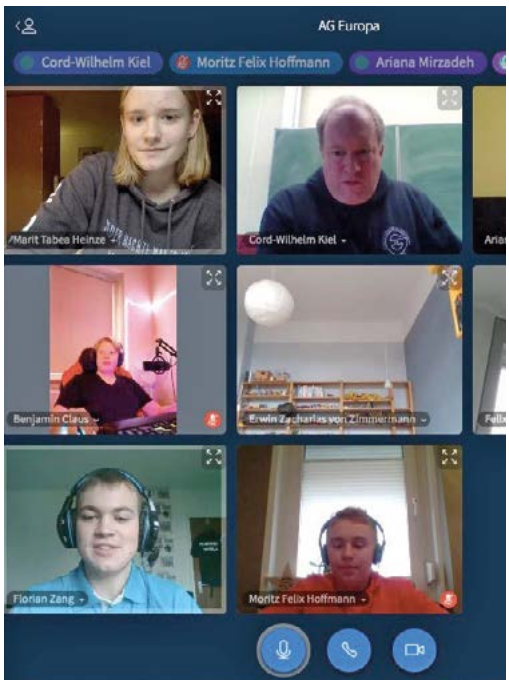
Den größten Spaß hatten die Schüler, als sich dieser unter die von zwei Schülern eigens gebaute Guillotine legte, als Symbol, dass das Virus besiegt worden ist.

Am 1. Februar 2021 fand der Dreh der Videokonferenz, bei dem die Schülerinnen und Schüler als Gesandte der EU-Mitgliedsstaaten ihre jeweilige Rolle spielten, auf Discord statt, für den alle extra alle einen wertvollen Nachmittag der Zeugnisferien geopfert haben. Vor dem Dreh musste sich jede teilnehmende „Rolle“ ihren Ländernamen und ihre Flagge als Alias geben. „Selbstverständlich hätten wir lieber live gedreht, was wahrscheinlich auch mehr Spaß gemacht hätte, aber die Videokonferenz war unsere beste Option. Sie war außerdem eine nette Ablenkung für den sonst so tristen Alltag im Homeschooling“, berichtet Marvin Sonntag, der die Entstehung des Projektes dokumentierte. „Den Discord-Server haben wir extra für diesen Dreh eingerichtet, weil IServ, über das wir alle Videokonferenzen zuvor abgehalten hatten, keine Aufnahme einer Konferenz zulässt.“

Die Europa-AG hatte sich passend zum Ton der Zeit eigene Masken gestaltet mit Schullogo und dem Logo des europäischen Wettbewerbs. Diese wurden teilweise beim Dreh für die Live-Szenen, aber auch so in der Schule getragen und auch an die teilnehmenden Lehrkräfte verteilt. „Wir haben weiße Masken bestellt und mit Aufbügelfolie die Logos darauf gebügelt. So sind wir in der Schule gut zu erkennen, wenn denn irgendwann mal wieder alle in der Schule sind“, berichtet Marit Heinze, die zum sechsten Mal am Europäischen Wettbewerb teilnimmt.

Die Europa-AG hat sich von allen Schwierigkeiten, die während der Vorbereitung und auch während des Drehs passierten, nicht unterkriegen lassen – und das waren einige Schwierigkeiten. Angefangen bei den verschiedenen Szenarien, bis hin zur Quarantäne einiger Schülerinnen und Schüler oder Technikproblemen in den hybriden oder Video-Sitzungen. Das Drehbuch musste mehrfach umgeschrieben und die Drehtermine neu organisiert werden, weil auf Grund der steigenden Zahlen nun doch die Konferenz der EU-Staaten nur online gedreht werden konnte.

„Kreativ in der Krise!“, so lautete das Thema der diesjährigen Sonderaufgabe. Die Europa-AG hat besonders viel Kreativität gezeigt. Nicht nur im Film, sondern auch auf dem Weg dahin. Das gemeinsame Projekt ist jahrgangsübergreifend – von Jahrgang 8 bis zu Jahrgang 13 sind Schülerinnen und Schüler dabei – und zudem auch unter der Beteiligung einiger Lehrkräfte und sogar des Schulleiters entstanden. Marit Heinze und Marvin Sonntag urteilen: „Wir haben bewiesen, dass in der Krise so einiges möglich ist, wenn nur ein Wille da ist. Es ist wichtig, sich von einer solchen Krise nicht unterkriegen zu lassen, weiter zu lachen und das Beste aus der Situation zu machen!“



Ein Leitfaden zum Blended Learning

Blended Learning ist ein integriertes Lernkonzept, das die heute verfügbaren Möglichkeiten der Vernetzung über Internet oder Intranet in Verbindung mit ‚klassischen' Lernmethoden und -medien in einem sinnvollen Lernarrangement nutzt. Dieses Lernkonzept greift das Buch „Hybrid-Unterricht 101 – Ein Leitfaden zum Blended Learning für angehende Lehrer/-innen" von Tim Kantereit (Hrsg.) in Form von Impulsen und Schlaglichtern auf. Das Buch ist während eines sogenannten Book Sprints mit 33 Autorinnen und Autoren in den Sozialen Netzwerken entstanden und handelt nicht nur von (coronabedingten) zeitgemäßen digitalen Formen des Unterrichts. Es enthält zahlreiche Ideen und Impulse zur Verzahnung von Präsenzunterricht mit Online-Distanzunterricht. Es werden auf rund 450 Seiten sieben Leitfragen gestellt und auch versucht diese zu beantworten: Wie baue ich starke Beziehungen zu den Schülerinnen und Schülern auf? Wie motiviere ich in digitalen Lernsettings? Wie gestalte ich Unterricht in Präsenz- und Fernlehre? Wie und warum nutze ich Feedback? Wie initiiere ich Kollaboration unter Kollegen und Schülern bzw. Schülerinnen? Welche Aufgaben- und Prüfungsformate kann ich nutzen? Wie bleibe ich als Lehrkraft langfristig glücklich und gesund?

Das Buch beabsichtigt aber nicht, Antworten und vollständige Lösungen zum digitalen Lernen zu geben. Dies kann und darf man bei den Themen und den Lernsettings, die sich gerade in der Zeit der Pandemie bewähren mussten, auch gar nicht erwarten. Das Buch versteht sich vielmehr als Impulsgeber und will dazu einladen, eigene Ideen zu entwickeln und diese als angehende Lehrkraft dann in der Ausbildung auszuprobieren und das Gelingen zu prüfen. Nichtsdestoweniger lohnt sich die Lektüre des Buches auch für Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Lehrkräfte im aktiven Dienst, die an der Entwicklung digitaler Lernsettings interessiert sind.

Dass das Buch nicht aus einem Guss ist, muss auf seine Entstehung zurückgeführt werden. In gerade mal drei Monaten wurde dieses Werk, das eher einem Skript als einer wissenschaftlich fundierten Lektüre gleicht, zusammengeschrieben. Das muss aber kein Nachteil sein, auch gerade, weil in den vier Monaten vieles neu war und erst entwickelt werden musste. Das Buch will Impulse setzen und keine „fertigen" Unterrichtsrezepte oder gar -konzepte aufzeigen. Die individuelle Auseinandersetzung mit den Impulsen soll in der unterrichtlichen Praxis erfolgen, aber man muss dann nicht mehr ganz so viel nach Versuch und Irrtum verfahren, sondern hat eine Idee und kennt Möglichkeiten der Umsetzung. Dies ist gerade die Stärke dieses Buches. Hier wird ausgiebig diskutiert und die Diskussionen sollen dazu beitragen, selbst einen Standpunkt zu finden und auszuloten, welche digitalen Lernformen zu dem eigenen Lehrerprofil passen.

Tim Kantereit et al.
Hybrid-Unterricht 101 – Ein Leitfaden zum Blended Learning für angehende Lehrer/-innen, 1. Auflage August 2020, Softcover (A5), 461 Seiten
ISBN 978-3-96784-003-2
16,99 Euro

Es gelingt den 33 Autoren und Autorinnen und dem Herausgeber Tim Kantereit, die Perspektive auf den eigenen Unterricht zu weiten und wertvolle Hinweise und Tipps zu geben, wie man sich in den Zeiten der digitalen Lernsettings aufstellen kann. Es stellt eine interessante und kurzweilige Lektüre dar, die durchgängig durch passende Links ergänzt wird. Tatsächlich wird ein wesentlicher Baustein in der Ausbildung künftiger Lehrergenerationen die Ausformung digitaler Lernsettings darstellen, und das Blended Learning wird auch in der Zeit nach Covid-19 seinen Stellenwert in Unterricht wie Ausbildung haben. Das Buch will ein Leitfaden zum Blended Learning sein, nicht mehr und nicht weniger.

Das gesamte Buch ist unter der freien Lizenz CC-BY-SA 4.0 veröffentlicht und es kann unter https://visual-books.com/hybrid-unterricht-101/ als pdf-Datei kostenlos heruntergeladen und dann gelesen werden. Das Buch kann auch im A5-Format im Softcover direkt auf der genannten Homepage für ca. 15 Euro bestellt werden.

Dr. Christoph Rabbow

„Pantherzeit" – ein Corona-Buch nicht nur für Gemeinschaftskunde

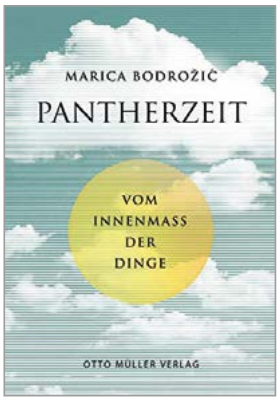
Man verändert die Dinge nicht, indem man gegen die bestehende Wirklichkeit ankämpft. Um etwas zu ändern, muss man ein neues Muster erschaffen, das die bestehende hinfällig macht" (Richard Buckminster Fuller). Diese dem Buch vorangestellten Zeilen könnten das Motto für die Erörterung im Gemeinschaftskunde-Unterricht sein. Und Marica Bodrozic gibt selbst ein solches Muster, wenn sie allabendlich Rilkes Gedicht „Der Panther" mit den Nachbarn auf den Balkonen des Berliner Miethauses rezitiert: Aussprechen und Benennen der Corona-Befindlichkeit als reflektierendes Bewusstmachen. Die Ausführungen kreisen um den Satz: „Alles, was uns innerlich ausmacht,

kommt nun zum Tragen“ (S. 23), denn „der Kapitalismus und seine Kurzzeitreizungen haben unsere Kraft zur Ausdauer unterwandert“ (S. 36). Für die Seele gilt, „dass das Teilen mit einem anderen Menschen das Wichtigste ist“ (S. 20).

Es ist ein essayistisches Tagebuch dieser „zersplitterten Zeit“ (S. 14) des ersten Lockdowns, dieses „seelenwetterwendischen Frühlings“ (S. 16) und bietet Sprachbilder von großer Eindrücklichkeit, mit denen sie ihre Wahrnehmungen umschreibt. Solche sprachmächtigen Formulierungen helfen, die eigenen Empfindungen zu klären, und machen das Buch auch für den Deutschunterricht verwendbar. Da wirkt der Satz Rilkes, den sie zitiert, unmittelbar in die aktuelle Situation: „Ich habe keine Furcht vor dem Krankhaften, denn ich will es nicht festhalten, sondern nur durchmachen und überstehen“ (S. 23).

Angesichts der Beschränkungen durch den Lockdown kommt sie zu der Erkenntnis: „Der einzige Identitätsausweis, den wir haben und je haben werden, ist die im Leben mit anderen Wesen erworbene innerzeitlich wärmende Güte“ (S. 53) und fragt: „Wohin gehören wir, wenn wir nicht zueinander gehören?“ Und sehr nachdenklich weiter: „Welche Freiheit ist möglich, wenn mir die Wahl genommen wird, die Freiheit zu leben, die ich als meine eigene empfinde?“ (S. 85)

Marica Bodrozic wurde 1973 in Dalmatien geboren, sie lebt in Berlin und erhielt für ihre Gedichtbände, Essays, Erzählungen und Romane „im Resonanzraum zwischen Ethik und Ästhetik“ zahlreiche Auszeichnungen. Ihr Lebensmotto stammt von Paul Eluard: „Je suis né/ Pour te connaître/ Pour



Marica Bodrozic
Pantherzeit. Vom Innenmaß der Dinge.
Otto Müller Verlag, Salzburg-Wien, 2021. 264 Seiten, gebunden m. Schutzumschlag.
ISBN 978-3-7013-1287-0
22 Euro

te nommer:/ Liberté“, auch das Freiheitsverständnis des Komponisten Olivier Messiaen erörtert sie in „Pantherzeit“. In diesem Corona-Tagebuch richtet sie immer wieder ihren „Herzblick“ auf die zwischenmenschlichen Beziehungen und die „Schönheit der Welt“.

Die beispielhaft ausgewählten Zitate zeigen, wie sehr sie den kritischen Fragen der jungen Generation entgegenkommt und in ihren meditativen Sprachbildern hilft, einen Standpunkt zu unserer Zeit zu gewinnen. „Das Gedächtnis gehört den Verletzlichen, weil sie das Wagnis auf sich nehmen, in ihre Fragen hineinzuleben und sich auch den bittersten Schmerzlandschaften der Vergangenheit zu stellen“ (S. 256) und: „Unsere Sprache spiegelt unseren Blick. Unser Blick spiegelt unser Mitgefühl. Unser Mitgefühl offenbart unser Herz. Unser Herz ist der Kern unseres Lebens“ (S. 260).

Uwe Lehmann

Drei wunderbare Kinderbücher zu schwierigen Themen

Der Fußballclub soll Erik helfen, sich nach Trennung der Eltern und Umzug in der fremden Umgebung einzuleben. Wäre da nicht der Fußballtrainer, der den Jungen sexuell bedrängt. Beide Elternteile wollen „nur das Beste“ für ihren Sohn, erkennen aber nicht die Not, in der er sich befindet. So entsteht eine Dynamik auf Erwachsenen- und Kinderebene, die Erik erst recht in eine unerträgliche Notsituation stürzt. Erst als Erik entdeckt, dass nicht nur er dieser sexualisierten Gewalt ausgesetzt ist, findet er aus Sprachlosigkeit und Ohnmacht. Gemeinsam mit einem neuen Freund traut er sich, Hilfe bei unterstützenden Erwachsenen zu suchen. / Wenn Luckys Frauchen lange arbeiten muss, verbringt er seine Zeit in der Nachmittagsbetreuung mit anderen Hunden. Eines Tages setzt der große, weiße Hund Groll Lucky unter Druck und bedroht ihn. Groll verbietet Lucky, mit anderen darüber zu sprechen. Wie kann Lucky sich aus dieser schwierigen Lage befreien? Denn schließlich darf man Geheimnisse nicht verraten... oder doch?

Diese und weitere gelungene Bücher bietet der Reinhardt-Verlage in seiner Lucky-Reihe sowie in weiteren

Sabine Lederle,
Lucky und das Geheimnis – Wie man sich aus einer schwierigen Situation befreien kann,
mit Illustrationen von Manuela Kral, 1. Auflage 2020, 38 Seiten, gbd.,
ISBN 978-3-497-02981-5
18,90 Euro

Publikationen für kleinere und größere Kinder. Die Bücher sind altersgruppenangemessen geschrieben und mit sehr schönen Zeichnungen versehen. Für Lehrkräfte positiv ist, dass Online-Zusatzmaterialien und Ideen für die pädagogische Arbeit sich über die Verlagshomepage kostenlos herunterladen lassen. Was beide – und auch andere Bücher aus dem Verlagsangebot – auszeichnet, ist, dass schwierige, zum Teil sogar tabuisierte Themen offen problematisiert und auf Mut machende, offene Weise gelöst werden. Bei „Lucky“ geht es in diesem Fall um Mobbing und Erpressung, wie es leider auch auf Schulhöfen vorkommt – und hier

durch Hundefiguren gezeigt wird, zu denen Kinder meist eine enge Bindung aufbauen können. Dieses Vorlese- und Mitmachbuch bezieht die Kinder mit gezielten Fragen in die Geschichte ein. Es zeigt, wie Vertrauen und Freundschaft helfen können, sich von emotionalen Belastungen zu befreien und wie man mit schlechten Geheimnissen umgehen kann. Als Arbeitsmaterial zum Thema „soziales Lernen“ kann es in der Schulklasse, in Kleingruppen oder im Einzelsetting eingesetzt werden.

„Erik schafft es“ – korrespondierend gibt es übrigens auch ein mehr auf Mädchen bezogenes Werk „Emma schafft es“ – bietet weniger Bilder, dafür mehr Text und auch die Möglichkeit, mit eigenen Notizen oder Skizzen seine eigenen (Lese-)Gefühle bei der Lektüre zum Ausdruck zu bringen. Beide Bücher machen das Thema sexualisierte Gewalt aus der inneren Sicht der betroffenen Kinder erlebbar und sind für Kinder und Jugendliche ab ca. 12 Jahren ideal. Insgesamt lohnt sich für Lehrkräfte und Eltern bei schulischen Problemen ein Blick ins Reinhardt-Sortiment, denn neben den

Anna Kampschroer, *Erik schafft es! Schluss mit sexuellem Missbrauch,* mit Zeichnungen von Cornelia Nass, 1. Auflage 2020. 103 Seiten, kt., ISBN 978-3-497-02986-0, 19,90 Euro

Anna Kampschroer, *Emma schafft es! Schluss mit sexuellem Missbrauch,* mit Zeichnungen von Cornelia Nass, 1. Auflage 2020. 103 Seiten, kt., ISBN 978-3-497-02987-7, 19,90 Euro

genannten Beispielbänden gibt es unter anderem auch interessante Werke mit „Lund, dem Lese-Rechtschreibhund“, Bücher für Kinder mit selektivem Mutismus oder für Kinder und Jugendliche mit einer fetalen Alkoholspektrumstörung.

Cord Wilhelm Kiel

Glosse

Aufheiterung in schweren Zeiten?

Lustige Videos aus dem Geschäftsbereich im MK und der RLSB Hannover

Von Helmut Vogel

NDie Niedersächsische Landesschulbehörde heißt bekanntlich seit dem 1. Dezember 2020 „Regionales Landesamt für Schule und Bildung“, eingeordnet im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Kultusministeriums. Nun wird alles gut! Ja, es wird sogar noch besser! Denn um den Optimismus der neuen Superbehörde auch richtig dem Fußvolk zu implementieren, haben das MK und auch die RLSB Hannover pünktlich zur Umbenennung ein „Video zur Neuordnung der MK Geschäftsbereiche Nds. Kultusministerium“ bzw. einen „Erklärfilm“ veröffentlicht bzw. an die Bediensteten und Organisationseinheiten seines Einzugsgebiets verschickt. Nun könnte argumentiert werden, dass es in Zeiten einer Pandemie, einer nicht klappenden Digitalisierung, neuen Abordnungen und anderer Probleme Wichtigeres gäbe als die Umbenennung einer Behörde oder gar eine filmische Beweihräucherung derselben. Aber wenn man betrachtet, was für filmpreisverdächtige Ergebnisse dabei herausgekommen ist, dann muss man doch – frei nach Loriot – sagen: Ach was!

Kommen wir zuerst zum „Erklärfilm“ der RLSB Hannover, eher eine Klapp-auf-klapp-zu-Präsentation, die an erste Versuche bei der Erkundung eines Präsentationsprogramms erinnert. Besonders erheiternd: „Unser Hauptgebäude befindet sich in der Mailänder Straße in Hannover – und wird deshalb auch liebevoll als ‚Mailänder Scala` bezeichnet“. Dazu ist ein Bild der wunderschönen Mailänder Scala zu sehen – das eher triste Bürogebäude am Expo-Gelände, also am äußersten Stadtrand Hannovers (umgeben von von Parkhäusern, einem Industriegebiet, einer Großbaustelle und Ödland, das wie Millionen vergleichbarer Zweckbauten aussieht) jedoch nicht. Die Hoffnung darauf, dass seitens des RLSB in Zukunft nur noch erlesenster Kunstgenuss geboten werden könnte, wird gleich darauf im Keim erstickt: „Wir verstehen uns aber nicht als elitäre Kultureinrichtung, sondern eher als bodenständige Volksbühne.“ Grundsätzlich passe der Vergleich aber ganz gut, denn „in unserem Hause gibt es sowohl Uraufführungen [sic!] als auch altbewährtes Repertoire“. Ganz großes Kino, getoppt nur noch vom Video aus dem MK. Hier gibt es einen niedlichen Zeichentrickfilm zu entdecken, inklusive wieherndem Niedersachsenross und einem fies grinsenden Corona-Virus, das dem Zuschauer die infizierte Zunge zeigt. „WIR im Geschäftsbereich des Niedersächsischen Kultusministeriums“ werden anschließend mit Applaus und Lorbeerkranz bejubelt, untermalt von heldenhaft anmutender klassischer Musik.

Komischerweise wurde der Film schon wieder von den Seiten des MK gelöscht, auch bei YouTube läuft der Link ins Leere. Da das Internet nicht vergisst, können schlaue Digital Natives aber weiterhin auf ihn zugreifen. Unser Fazit: Beide Werke haben für erheiternde Lacher in diesen wahrlich schweren Zeiten gesorgt – insofern verdienen sie das Zertifikat „pädagogisch besonders wertvoll“!

Liebe Leserinnen und Leser,
es ist ein guter Brauch, auf der Vertreterversammlung des Philologenverbands Niedersachsen der Verstorbenen der vorangegangenen 12 Monate zu gedenken. Da es 2020 bekanntlich keine Vertreterversammlung geben konnte, möchten wir das Gedenken an unsere geschätzten Mitglieder, die nicht mehr unter uns sind, auf diesem Wege nachholen. Wir werden allen Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir trauern um

Backa, Norbert	Aurich	13.08.2019
Behler, Christa-Maria	Celle	03.11.2019
Behrendt, Günter	Braunschweig	16.06.1942
Beyer, Arno	Cremlingen	12.03.2020
Blaut, Michael	Osterode/Harz	20.08.2020
Bode, Dietrich	Meppen	27.01.2020
Brandhorst, Reinhard	Emden	09.01.2020
Braun, Volker	Helmstedt	05.03.2020
Denker, Helmut	Diepholz	24.08.2020
Deutsch, Manfred	Braunschweig	27.12.2020
Dittrich, Barbara	Wolfenbüttel	31.03.2020
Doetsch, Günter	Osnabrück	14.09.2020
Dorn, Annegret	Celle	02.08.2020
Dr. Deike, Heinz	Söhlde	01.08.2020
Dr. Deisting, Ehrhard	Buchholz	Dezember 2018
Eden, Hans	Zetel	03.04.2020
Epmeier, Bernd	Gorlosen-Grittel	02.02.2020
Freitag, Uwe	Müden	26.12.2019
Fromme, Isolde	Hildesheim	17.02.2020
Hiller, Alfred	Stadthagen	16.08.2020
Hornig, Gregor	Lüneburg	03.09.2019
Jürging, Paul-Gerd	Burgdorf	17.02.2020
Knaut, Gertrud	Detmold	20.09.2020
Köhler, Elisabeth	Hildesheim	24.09.2019
Lischke, Malte	Hildesheim	09.12.2018
Lübbers, Hans-Michael	Meppen	30.11.2020
Nemitz, Volker	Delligsen	29.09.2020
Ochs, Ingrid	Nordenham	04.08.2020
Otto, Helmuth	Osnabrück	28.03.2020
Peineke, Jürgen	Braunschweig	13.09.2020
Richter, Konstantin Dr.	Jever	04.12.2019
Sassenberg, Karl-Heinz	Seesen	12.11.2020
Schellhorn, Günther Kurt	Wolfenbüttel	16.03.2020
Scholübbers, Ingrid	Wallenhorst	28.12.2019
Schünemann, Herbert	Villach (Österreich) früher in Helmstedt	09.11.2020
Sickert, Hans Gerhard	Emden	28.07.2019
Sprengers, Gertrud	Sögel	29.02.2020
Steinke, Dieter	Nordenham	Dezember 2019
Stölting, Konrad	Wolfenbüttel	18.03.2020
Stubbendiek, Dieter	Hameln	31.12.2020
Südbeck, Elsbeth	Cloppenburg	01.02.2020
Tenfelde, Klaus-Dieter	Osnabrück	13.03.2020
Völker, Konrad	Lohne	23.02.2020
Vorrath, Reiner	Osnabrück	22.04.2020
Wabbels, Hubert	Osterode	10.03.2020
Wiebusch, Arend	Hemmoor	12.09.2020
Zoder, Helmut	Achim	28.12.2019

Sparen Sie bares Geld
mit unserer Verbandskreditkarte

Immer mehr Mitglieder des Philologenverbandes Niedersachsen nutzen für sich und ihre Angehörigen unsere bewährte kostenlose Verbandskreditkarte – denn die Vorteile sprechen für sich:

Gebührenfreie MasterCard Gold

- Keine Jahresgebühr – dauerhaft
- Keine Auslandseinsatzgebühr – weltweit
- Keine Gebühr für Bargeldabhebungen –
- 1,49% Zinsen p. M. für den Zeitraum Abhebung – Rechnungsausgleich
- Keine Gebühren für Ersatzkarte, Ersatz-PIN und Kartensperrung
- Jederzeit kündbar – kostenlos
- Partnerkarten zu den gleichen Konditionen
- Kontakatlose Bezahlung (NFC = Near Field Chip) ohne Zusatzkosten, Google und PayPal möglich

Inkludierte Reiseversicherungen

- für zu mindestens 50% mit der Karte bezahlte Reisen
- Reiseausfall, Reiserücktritt, Reiserücktransport, Verspätungen
- Reisekrankenversicherung, Reiseunfallversicherung
- Reisediebstahlversicherung

Günstige Rabatte

- Bis zu 37% bei Neuwagenkauf für 34 Marken
- 5% für Buchungen von Reisen über ein Partner-Reisebüro oder Partner-Reiseportal
- Mietwagenrabatte

Sparen auch Sie bares Geld mit unserer Verbandskreditkarte.

Weitere Informationen und Antragsformulare für Sie und Ihre Angehörigen erhalten Sie auf unserer Homepage www.phvn.de.

Impressum

GYMNASIUM in Niedersachsen
Zeitschrift des Philologenverbandes
Herausgeber und Verleger:
Philologenverband Niedersachsen
Sophienstraße 6 · 30159 Hannover
Tel. 0511 36475-0

Redaktionsadresse: Cord Wilhelm Kiel
Werder 31 · 31789 Hameln
Cord.Wilhelm.Kiel@t-online.de

Redaktion: Cord Wilhelm Kiel
Lektorat: Gisela Frey, Jörg Gödecke
Gestaltung: Frank Heymann, Hannover
Druck: HANNOPRINT GmbH, Hannover
www.hannoprint.de

Die Zeitschrift Gymnasium in Niedersachsen erscheint dreimal jährlich.

Redaktionsschluss für Gymnasium in Niedersachsen 2-2021 ist Samstag, der 1. Mai 2021.

Beiträge bitte, soweit als möglich, als E-Mail-Anlage direkt an die Redaktions-Adresse Cord.Wilhelm.Kiel@t-online.de schicken.

Weitere Informationen auf unsererHomepage
www.phvn.de